

ARND BAUERKÄMPER

## Elitenwechsel auf dem Land

Strukturelle Brüche und subkutane Kontinuitäten in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, 1945–1990<sup>1</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) – ebenso wie in den anderen von der UdSSR beherrschten Staaten – eine neue Machtelite installiert, die ihrerseits die Herausbildung politisch loyaler gesellschaftlicher Führungsgruppen herbeiführte. Diese Funktionseliten sollten das zunächst vielfach noch labile Herrschaftssystem gesellschaftlich fundieren und einen umfassenden sozioökonomischen Strukturwandel auslösen.<sup>2</sup> Im Zeichen des »Antifaschismus« konzentrierte sich der politisch erzwungene Elitenwechsel zunächst auf das Bildungswesen, die Polizei und die Justiz. Die Einsetzung monopolistischer Führungsgruppen in Staat und Gesellschaft war in den osteuropäischen Staaten und in der SBZ beziehungsweise der DDR durch die leninistische »Avantgarde«-Doktrin geprägt, die den Machthabern einen uneingeschränkten Anspruch auf ideologische Wahrheit zuwies, ihnen aber auch einen hohen Erwartungsdruck hinsichtlich ihrer Regelungskompetenz und Fähigkeit auferlegte, Probleme zu lösen. Josef Stalin beschrieb im März 1939 »Kader« als »Menschen, welche die politische Linie der Partei verstehen, die diese Linie als ihre eigene Linie betrachten, die bereit sind, sie in die Tat umzusetzen, die es verstehen, sie in der Praxis zu verwirklichen, und fähig sind, diese Linie zu verantworten, zu verfechten, für sie zu kämpfen«.<sup>3</sup> Darüber hinaus bildete sich eine Spannung zwischen dem propagandistisch überhöhten egalitären Anspruch kommunistischer Regime und ihrer diktatorischen Herrschaftspraxis heraus. Diese Diskrepanz ergab sich nicht nur aus den elitären Komponenten des Marxismus-Leninismus und dem daraus abgeleiteten weitreichenden Machtmonopol, sondern auch aus den Anforderungen an Leitung und Koordination in einer modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft.<sup>4</sup>

1 Für Hinweise zu diesem Aufsatz danke ich Jens Schöne (Berlin) und Michael Heinz (Rostock).

2 Hans Pohl, Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft aus historischer Perspektive, in: VSWG 88, 2001, S. 48–69, hier: S. 66. Zum Konzept der »Elite« zusammenfassend: Ursula Hoffmann-Lange, »Eliten«, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 3: Die westlichen Länder, München 1992, S. 83–90; Wolfgang Schluchter, Der Elitebegriff als soziologische Kategorie, in: KZfSS 15, 1963, S. 233–256; Kurt Lenk, »Elite« – Begriff oder Phänomen?, in: APuZ, 1982, H. 42, S. 27–37. Zum Begriff »Kader«: Hartmut Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 322–356, hier: S. 323 f.; Irmhild Rudolph, Kader – Intelligenz – Elite. Zu einigen herrschaftssoziologischen Aspekten der Sozialstruktur in der DDR, in: Deutschland Archiv, 1979, Sonderheft: 30 Jahre DDR. Zwölfte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 5. bis 8. Juni 1979, S. 124–126.

3 Josef Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B) 10. März 1939, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1955, S. 797–803, hier: S. 797.

4 Vgl. Dieter Voigt/Sabine Gries, Karriereangebote, Karrieremuster und Eliterekrutierung, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. III/3: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken

In konzeptionell-terminologischer Hinsicht muss außerdem zwischen Macht- und Funktionseliten unterschieden werden. Den Kern der »Machtelite«, die durch »power over outcomes«<sup>5</sup> gekennzeichnet war, bildete in der DDR die Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit den Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees (ZK) sowie den Ersten Sekretären der Bezirke. Diese Führungsspitze verfügte über das Monopol politischer Herrschaft und wurde nach sowjetischem Vorbild durch Kooptation im Rahmen des Systems der Nomenklatur rekrutiert, die Positionsverzeichnisse (Kadernomenklaturen) und die dafür vorgesehenen Personen (Nomenklaturkader) umfasste. In den 1970er- und 1980er-Jahren, als der Stellenwert der sozialistischen Ideologie für die Herrschaftslegitimation der SED zurückging, entwickelte sich die Machtelite in der DDR zu einer zunehmend abgeschlossenen Führungsgruppe mit ausgeprägt paternalistischen Herrschaftstechniken. Mit der Schließung verfestigten sich im Partei- und Staatsapparat die Karrierewege und es bildeten sich spezialisierte Herrschaftsbereiche heraus. Zugleich wuchs unter den führenden Funktionären die Konformität.<sup>6</sup>

»Funktionseliten« sind demgegenüber »Sozialaggregate, die [...] unter je spezifischen Verantwortlichkeiten stehen und bestimmte Aufgaben der Leitung, Koordination, Planung usw. haben«.<sup>7</sup> Im Gegensatz zu westlichen Industriegesellschaften waren die Funktionseliten im ostdeutschen Staatssozialismus eng an die programmati-

---

in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1901–2033, hier: S. 1902 f., 1910, 1947 f., 2024 und 2027 f.; *Peter Hübner*, Einleitung: Antielitäre Eliten?, in: *ders.* (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln/Weimar etc. 1999, S. 9–35, hier: S. 13 und 22; *Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel/Peter Hübner*, »Funktionäre des schaffenden Volkes«? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: *dies.* u. a. (Hrsg.), *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, Berlin 1997, S. 11–86, hier: S. 40–46; *Martin Kohli*, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: *Kaelble/Kocka/Zwahr*, *Sozialgeschichte der DDR*, S. 31–61, hier: S. 46 und 48; *Zimmermann*, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, S. 340. Allgemein: *Sigrid Meuschel*, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt am Main 1992, S. 133 f., 183 und 202; *Rainer Geißler*, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992, S. 6–10, 89–92, 94 f. und 112–115. Zur Entwicklung der kommunistischen Kaderdoktrin: *Alfred G. Meyer*, Historical Development of the Communist Theory of Leadership, in: *Robert Barry Farrell* (Hrsg.), *Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union*, London 1970, S. 5–16. Zum »Avantgarde«-Dogma: *Werner Mackenbach*, Art. »Avantgarde«, in: *Wolfgang Fritz Haug* (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1, Hamburg 1994, Sp. 800–808; *Leo Kofler*, Art. »Elite«, in: *Wolfgang Fritz Haug* (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3, Hamburg 1997, Sp. 268–272, hier: Sp. 270.

5 *Robert D. Putnam*, *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs 1976, S. 5 f. Zum Konzept der »Machtelite« vgl. auch *Charles Wright Mills*, *The Power Elite*, Oxford 1956.

6 *Tom Thieme*, *Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess*, Baden-Baden 2015, S. 157 f.; *Matthias Wagner*, *Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatursystem als Ausdruck der führenden Rolle der SED*, in: *Bauerkämper/Danyel/Hübner*, *Gesellschaft ohne Eliten?*, S. 87–108. Daneben: *Gerd Meyer*, *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*, Tübingen 1991, insb. S. 24–31 und 319–340; *Eberhard Schneider*, *Nomenklatur*, in: *Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke* u. a. (Hrsg.), *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*, Paderborn/München etc. 1996, S. 656–658, hier: S. 437 f.

7 *Dietrich Herzog*, *Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung*, Darmstadt 1982, S. 3. Einflussreich hier auch die funktionalistische Elitendefinition

schen Vorgaben der Machtelite gebunden. Indem sie die Herrschaftsziele durchsetzten und implementierten, nahmen sie eine bedeutende Scharnierfunktion zwischen dem Regime und der – in ihm zumindest partiell integrierten – Bevölkerung wahr.

Die Beseitigung der Vorherrschaft traditionaler »Funktionseliten« (Otto Stammer) auf dem Land gehörte zu den wichtigsten Zielen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und – ab April 1946 – der SED. Damit sollten konservative Kräfte entmachtet und die Landarbeiter sowie landlosen Bauern für die Kommunisten gewonnen werden. Tatsächlich beendete die Bodenreform, mit der in der SBZ ab September 1945 Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar (ha) enteignet wurden, die Dominanz einer überkommenen Elite. Daneben verloren unter dem Zeichen des »Antifaschismus« alle führenden Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher ihr Eigentum. Im Allgemeinen mussten die Betroffenen die Dörfer, in denen sie gelebt hatten, unverzüglich verlassen. 1948 begann in der SBZ darüber hinaus die Enteignung von »Großbauern« mit mehr als 20 ha und abhängig Beschäftigten. Mit der Kollektivierung, die 1952 initiiert und 1960 offiziell vollendet wurde, schienen die Bauern ihren Einfluss in der ländlichen Gesellschaft der DDR eingebüßt zu haben. Die Vorstände – besonders die Vorsitzenden – der neuen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), aus denen bis zu den 1970er-Jahren große, zunehmend spezialisierte Kooperationsbetriebe hervorgingen, waren als neue »Kader« (die sich freilich nicht mehr als »Elite« verstanden) in den Gemeinden vielerorts mächtiger als die Bürgermeister. Innerbetrieblich war ihnen und dem Vorstand zwar nicht formal, aber faktisch die Mitgliederversammlung untergeordnet. Buchhalter kontrollierten die Produktion und Arbeitsleistung. Insgesamt nahm der Anteil des Personals, das in der Leitung und Verwaltung arbeitete, an den ständig Berufstätigen im Agrarsektor von 1965 bis 1982 kontinuierlich von 4,4 auf 9,2 % zu.<sup>8</sup>

Der strukturelle Elitenwandel auf dem Land verdeckte allerdings subkutane Kontinuitäten. So erlangten ab den späten 1950er-Jahren frühere »Großbauern«, vor allem aber ihre Kinder, in zahlreichen LPG Führungspositionen. Dieser Befund deutet auf die Beharrungskraft »kulturellen Kapitals« (Pierre Bourdieu) auf dem Lande hin. Sogar enteignete Gutsbesitzer, die nach Westdeutschland geflohen waren, korrespondierten zum Teil noch über Jahrzehnte mit ihren früheren Landarbeitern und ihre Familienfriedhöfe wurden vielerorts weiterhin gepflegt. Zudem blieben die »Schlösser« vielerorts auch nach 1990 ein wichtiger Bezugspunkt dörflichen Lebens, wenn sie nicht abgerissen worden waren. Mentale und soziale Bindungen bestanden damit fort.<sup>9</sup>

bei Otto Stammer, Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 71, 1951, S. 1–28, insb. S. 9 und 15.

8 Michael Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens am Beispiel der Nordbezirke, Berlin 2011, S. 333. Vgl. auch Konrad Kühne, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), in: *Epelmann/Möller/Nooke* u. a., Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 374–376, hier: S. 376. Zum anti-elitären Selbstverständnis: Irene Runge, Eliten, die keine sein wollten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 41, 1996, S. 1165–1170, insb. S. 1166.

9 Zur Korrespondenz: Ines Langellüdecke, Briefe über Grenzen. Deutsch-deutsche Beziehungen zwischen einem enteigneten Gutsbesitzer in der Bundesrepublik und seinen früheren Gutsgepöstellten in der DDR, in: *Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing* (Hrsg.), *Asymmetrisch ver-*

Auf lebensweltliche Kontinuitäten auf dem Land verweist zudem die private individuelle Hauswirtschaft der LPG-Mitglieder, die diese Parzellen und ihr Vieh oft mit erheblichem Aufwand pflegten. Auch die Vorsitzenden, welche die private Freizeitarbeit kritisierten, sahen sich außerstande, die bäuerlichen Traditionen vollständig zu brechen, zumal die Hauswirtschaften in der DDR zunehmend zur Versorgung der Bevölkerung beitrugen. Die folgende Darstellung, die auf eigenen Forschungen und neuen Publikationen basiert, zeigt die beträchtlichen Auswirkungen, aber auch die Grenzen, Paradoxien und Dilemmata des Elitenwechsels in der ländlichen Gesellschaft des ostdeutschen Staatssozialismus. Der Beitrag konzentriert sich auf die Provinz beziehungsweise (ab 1946) das Land Brandenburg sowie die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus (von 1952 bis 1990). Er ordnet die Entwicklung in dieser Region in die übergreifenden Prozesse ein, die sich in der SBZ und ab 1949 in der DDR vollzogen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Forschung zu ländlichen Führungsgruppen seit den 1990er-Jahren deutlich abgeschwächt hat. Zudem ist die Geschichtsschreibung asymmetrisch, denn es liegen weiterhin nur wenige Beiträge zu den 1970er- und 1980er-Jahren vor, wie noch vor Kurzem hervorgehoben worden ist.<sup>10</sup>

Im Anschluss an konzeptionelle Überlegungen über »Eliten« in der DDR werden zunächst die Entmachtung der Gutsbesitzer und die Installation neuer »Kader« von 1945 bis zu den 1960er-Jahren rekonstruiert. Prozesse und Grenzen des Elitenwechsels in den Agrarbetrieben von den späten 1960er- bis zu den 1980er-Jahren stehen im Mittelpunkt des darauffolgenden Abschnitts. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zu Widersprüchen, nicht intendierten Folgen und Problemen, die auf grundsätzlichere Aporien in der »Kaderpolitik« des SED-Regimes verweisen.

## I. »Eliten« in der DDR? Problemstellung, konzeptionelle Überlegungen und institutioneller Rahmen

Wie in den ostmitteleuropäischen Staaten, die von kommunistischen Parteien beherrscht wurden, bildeten die Entmachtung und Privilegierung von Führungsgruppen in der SBZ/DDR komplementäre Instrumente der Herrschaftspolitik und der damit verknüpften Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die traditionellen adligen und bürgerlichen Führungsgruppen sollten verdrängt und neue Funktionseliten herausgebildet oder implantiert werden.<sup>11</sup> Im Elitenwechsel hatten die jeweils übergeordneten Partei- und Staatsfunktionäre besonders auf die politische

---

flochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 115–130. Zum Umgang mit adligen Familienfriedhöfen: *Ines Langelüddecke*, *Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg*, Göttingen 2020, S. 197–240.

10 *Jens Schöne*, »Der Vertrauensverlust ist gewaltig«. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft der DDR in den 1980er Jahren, in: Die andere Seite des »Arbeiter- und Bauernstaates«. Die DDR-Landwirtschaft und ihre Folgen. Dokumentation zur Fachtagung der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen, Schwerin 2016, S. 59–74, hier: S. 73 f.

11 Hierzu schon: *Otto Stammer*, Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 76, 1956, S. 55–105, hier: S. 79 und 103; *ders.*, Der kleine Mann als Objekt der manipu-

Loyalität und fachliche Qualifikation zu achten.<sup>12</sup> Obwohl die KPD beziehungsweise die SED ihren Macht- und Gestaltungsanspruch letztlich durchsetzen konnten, traf die »Kaderpolitik«<sup>13</sup> als integrale Komponente sozioökonomischer Konstruktion in der Gesellschaft des Realsozialismus auf Barrieren, die sich auf dem Land bis zu den 1960er-Jahren vor allem aus der Beharrungskraft von Traditionsmilieus ergaben. Informelle soziale Beziehungen und überlieferte Werte kanalisiert die Integration neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Funktionseliten, begrenzten ihren Einfluss und erzwangen in der konkreten »Kaderarbeit«<sup>14</sup> Kompromisse. Darüber hinaus wirkten die sozialen Milieus auf die implantierten Führungsgruppen zurück, indem sie deren Aktivität, Selbstverständnis und Akzeptanz beeinflussten. »Kader«, die sich durch politische Loyalität, fachliche Qualifikation und die Eignung zu Führungsfunktionen auszeichnen sollten, verbanden damit Herrschaft und Gesellschaft.<sup>15</sup>

Der von der KPD und der sich zur monopolistischen Staatspartei entwickelnden SED ab 1945 vorangetriebene Elitenwechsel wurde vor allem durch das Postulat des »Antifaschismus« gerechtfertigt.<sup>16</sup> Die Bildung einer der politischen Führung weitgehend ergebenden Funktionselite war sowohl integrales Element als auch eine wichtige Triebkraft einer umfassenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Rekrutierung neuer Führungsgruppen als Prozess der Klientelbildung erleichterte nicht nur die Durchsetzung des Macht- und Konstruktionsanspruchs der kommunistischen Führung, sondern verlieh ihrer Herrschaft auch im Lebensalltag praktische Geltung. Vielfach schon ausgebildet in neuen Institutionen wie

---

lierten Meinungsbildung in der Sowjetzone. Vortrag, gehalten am 6. Mai 1952 im Ferienkurs der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1953, S. 10 und 12. Allgemein auch: *Jürgen Kocka*, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: *ders./Kaelble/Zwahr*, Sozialgeschichte der DDR, S. 547–553, hier: S. 548 f.

- 12 *Heinrich Best*, Sozialismus in der DDR: ein Feldexperiment mit paradoxalem Ergebnis, in: *Historical Social Research* 28, 2003, S. 128–160, hier: S. 139; *Arnd Bauerkämper*, Loyale »Kader«? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen 1960er Jahren, in: *AFS* 39, 1999, S. 265–298.
- 13 Vgl. *Dieter Voigt/Werner Voß/Sabine Meck*, Sozialstruktur der DDR. Eine Einführung, Darmstadt 1987, S. 245–247. Zur »Kaderpolitik« und zum Nomenklatursystem in der DDR vgl. *Dieter Voigt/Lothar Mertens*, Kader und Kaderpolitik, in: *Eppelmann/Möller/Nooke* u. a., Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 322–324, hier: S. 323; *Zimmermann*, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, S. 327–340; *Meyer*, Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, S. 87–93.
- 14 »Kaderarbeit« umfasste in der DDR besonders die »zielstrebige Auswahl, Erziehung, Qualifizierung und die richtige Verteilung der Kader auf die Schwerpunkte der Arbeit [...]. Das erfordert, die Kader mit einem fundierten Wissen des Marxismus-Leninismus auszurüsten und sie zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, die im Interesse der sozialistischen Gesellschaft und zum Wohle der werktätigen Menschen wirken.« Vgl. *Willi Ehlert/Heinz Joswig/Willi Luchterhand* (Hrsg.), Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin (Ost) 1973, S. 453 f. Zusammenfassend: *Dieter Voigt*, Kaderarbeit in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 5, 1972, S. 174–185; *Voigt/Mertens*, Kader und Kaderpolitik, S. 323.
- 15 *Zimmermann*, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, S. 348–351.
- 16 Zu den ambivalenten Folgewirkungen des »Antifaschismus« für die Elitenbildung in der DDR vgl. *Jürgen Danyel*, Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: *Hübner*, Eliten im Sozialismus, S. 67–85; *Bauerkämper/Danyel/Hübner*, »Funktionäre des schaffenden Volkes«?, S. 30 f.

den »Arbeiter- und Bauernfakultäten« und sozialisiert in der »Freien Deutschen Jugend«, eröffneten sich zuvor unterprivilegierten Gesellschaftsschichten durch die Entmachtung traditionaler Führungsgruppen vor allem bis zu den 1950er-Jahren ebenso weitreichende wie unerwartete Karrierechancen.<sup>17</sup>

Während die Aufstiegsmobilität in die Machtelite mit der zunehmenden Abschließung und Isolierung der Altfunktionäre seit den späten 1950er-Jahren deutlich zurückging, vollzog sich in den Funktionsebenen offenbar ein tiefgreifender Generationswechsel, der durch die Aufwertung fachlicher Qualifikation erleichtert wurde.<sup>18</sup> In den 1960er-Jahren bildeten sich in der DDR aber keine »institutionalisierte[n] Gegen-Eliten«<sup>19</sup> aus administrativ-technischen Fachleuten heraus. Die »neue Klasse« der Funktionsebenen in Wirtschaft und Gesellschaft blieb vielmehr eng in das kommunistische Herrschaftssystem eingebunden, mit dem sie sich weitgehend identifizierte. Zudem nahm die Aufstiegsmobilität auch in die Funktionsebenen seit den frühen 1970er-Jahren ab. Das Handeln gesellschaftlicher Führungskräfte war aber nicht ausschließlich von der politischen Bindung an das SED-Regime bestimmt, sondern es wurde auch von den jeweiligen Bedingungen in konkreten Aktionsräumen beeinflusst. So war das Leitungspersonal in den landwirtschaftlichen Betrieben gleichermaßen mit den Vorgaben der übergeordneten Parteileitungen und den Erwartungen der Belegschaften konfrontiert. Funktionsebenen agierten deshalb auch im Agrarsektor in einer *Sandwich*-Position, in der sie zwischen den übergeordneten Machteliten und der Bevölkerung vermittelten. Daraus resultierten Handlungsspielräume, die wegen der Sanktionsmacht der SED-Führung und der Beharrungskraft lokaler sozialer Beziehungen aber eng begrenzt blieben. Zudem mussten Leitungskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben Arbeitsniederlegungen oder die Abwanderung von Beschäftigten befürchten, wenn sie gegen Verfehlungen wie Bummelerei oder Alkoholkonsum vorgingen.<sup>20</sup>

Übergeordnet war den deutschen »Kadern« bis zu den 1950er-Jahren die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD, 1945–1949) und die Sowjetische Kontrollkommission (1949–1953). Die Partei- und Staatsführung der UdSSR be-

17 Hierzu exemplarisch die Hinweise bei Gert Noack, Die Rolle der FDJ beim Elitenwechsel in der SBZ/DDR, in: Helga Gotschlich/Katharina Lange/Edeltraud Schulze (Hrsg.), Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1997, S. 133–138. Zur Transformationspolitik und ihren Folgen am Beispiel Brandenburgs vgl. Arnd Bauerkämper, Gesellschaft und Kultur, in: Michael Bienert/Hermann Wentker (Hrsg.), Das Land Brandenburg in der SBZ und frühen DDR (1945–1952), Berlin 2021, S. 477–552.

18 Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, S. 326; Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 95–115, hier: S. 104 f. und 107 f.

19 Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968, S. 43.

20 George Last, Rural Functionaries and the Transmission of Agricultural Policy: The Case of Bezirk Erfurt from the 1960s to the 1970s, in: Mary Fulbrook (Hrsg.), Power and Society in the GDR 1961–1979. The »Normalisation« of Rule?, Oxford/New York 2009, S. 76–101, hier: S. 76, 79, 85 und 94; Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 385–387. Allgemein zur Abnahme der Aufstiegsmobilität: Ralph Jessen, Mobility and Blockade during the 1970s, in: Konrad Jarausch (Hrsg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, Oxford/New York 1999, S. 341–360, hier: S. 346–350.

stimmte das Personal dieser Institutionen. Während das Zentralkomitee der KPD (1945/46) zunächst nur geringen Einfluss auf die Auswahl der Führungskräfte hatte, gewannen der Parteivorstand (1946–1950) und das anschließend gebildete Zentralkomitee (ZK) der SED mit seinem Politbüro als wichtigstem Führungsorgan in der »Kaderpolitik« einen wachsenden Stellenwert. Die SED-Führung lehnte nun wiederholt auch eine ungeprüfte Übernahme von Vorbildern und Erfahrungen aus der Sowjetunion ab. Im Parteivorstand und im ZK wurden jeweils Abteilungen für Landwirtschaft gebildet. Den Spitzengremien von KPD und SED waren die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft beziehungsweise die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft in der Deutschen Wirtschaftskommission unter ihrem Präsidenten Edwin Hoernle (1945–1949) und das im Oktober 1949 gebildete Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (seit 1960: Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft) lediglich formal gleichgestellt.<sup>21</sup>

Zwar konnte das Ministerium die SED-Politik durchaus beeinflussen. In den 1950er-Jahren gewann vor allem der Staatssekretär und stellvertretende Minister Kurt Siegmund eine Schlüsselstellung. Allerdings gelang es den führenden Parteifunktionären nicht, ihren Herrschaftsanspruch im Ministerium vollständig durchzusetzen, obwohl im Oktober 1959 bereits 76 % der Mitarbeiter von Referenten aufwärts der SED angehörten. Demgegenüber hatten sich 28 Personen, die im Ministerium Leitungspositionen innehatten, im »Dritten Reich« der NSDAP – und einige auch der SA – angeschlossen. Es handelte sich allerdings mit wenigen Ausnahmen (wie dem Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Bartsch) um nominelle Parteimitglieder. 22 dieser »Kader« waren von 1952 bis 1958 rekrutiert worden. Einige führende Mitarbeiter – so die späteren Minister Hans Reichelt und Bruno Lietz sowie der Hauptabteilungsleiter Fritz Weißhaupt – verschwiegen ihre NS-Vergangenheit. Zehn ehemalige »Parteigenossen«, die als leitende »Kader« im Ministerium arbeiteten, konnten sich überzeugend vom Nationalsozialismus distanzieren, so mit dem Hinweis auf Schulungskurse in Antifa-Lagern in der UdSSR. Viele ehemalige NSDAP-Mitglieder wurden im Ministerium geduldet und sogar geschützt, weil neu rekrutierte, politisch loyale Abteilungsleiter fachlich mit ihren Aufgaben überfordert waren und abgelöst werden mussten. Aus diesem Grund, aber auch wegen Überprüfungen des Personals und der Flucht in die Bundesrepublik war die Fluktuation im Ministerium vor allem bis 1961 hoch.<sup>22</sup> Auch in der Landwirtschaftsabteilung des ZK arbeiteten bis zu den frühen 1960er-Jahren frühere »Parteigenossen«. So wurde Ernst Großmann, der in der thüringischen Gemeinde Merxleben auch eine LPG leitete, 1959 abgesetzt. Er hatte als SS-Führer der Wachmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen angehört und war dennoch in das Führungsorgan

21 Elke Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953, München 2007, S. 152, 597–600 und 607; Werner Müller, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 440–459; Werner Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), in: ebd., S. 481–514.

22 Angaben nach Daniela Munkel/Ronny Heidenreich, Das DDR-Landwirtschaftsministerium – Politik und Personal, in: Horst Möller/Joachim Bitterlich/Gustavo Corni u. a. (Hrsg.), Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundeswirtschaftsministerium und seine Vorgänger, Berlin 2020, S. 515–647, hier: S. 582 und 595–597.

der SED aufgestiegen. Berichte in westdeutschen Medien über die NS-Vergangenheit von Führungskräften in der DDR drohten im Kalten Krieg jeweils den »antifaschistischen« Legitimationsanspruch zu diskreditieren, sodass sich die Parteiführung in diesen Fällen gezwungen sah, einzugreifen.<sup>23</sup>

## II. Elitenwechsel im Strukturwandel bis zu den frühen 1960er-Jahren. Die Entmachtung traditionaler dörflicher Eliten und neue Führungspersonen auf dem Land

### *Die Entmachtung der Gutsbesitzer und dörflicher Honoratioren 1945/46*

Schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg enthoben die SMAD und die KPD in der SBZ Nationalsozialisten ihrer Positionen in den Gemeindevertretungen und örtlichen Verwaltungen. So wies der Erste Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bernhard Bechler, die Landräte und Oberbürgermeister am 17. Juli 1945 an:

»Im Laufe dieses Monats sind etwa noch vorhandene Angehörige der Partei aus allen Stellen der Selbstverwaltung zu entfernen. [...] Dabei kann es passieren, selbstverständlich, daß die Sache nicht gleich so gut organisiert läuft wie es sein müßte und es mit Fachbeamten der Fall wäre. Aber es ist wohl besser, wir haben keine glänzende Organisation, sondern eine klare politische Linie.«<sup>24</sup>

Nach dieser Vorgabe und den Plänen, die von der KPD-Führung schon in ihrem Moskauer Exil vorbereitet und unter anderem in den »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« vom 5. April 1945 fixiert worden waren, wurden in den Dörfern »Antifaschisten«, die sich im »Dritten Reich« zumindest nicht diskreditiert hatten, als Bürgermeister eingesetzt. Den Elitenwechsel in den Gemeinden bestimmten letztlich die sowjetischen Militärbehörden und die führenden Funktionäre der KPD beziehungsweise der SED. Dabei griffen sie zum Teil auf Erfahrungen zurück, die sie in der UdSSR gewonnen hatten, aber an die spezifischen Bedingungen auf dem Land in der SBZ anpassten.<sup>25</sup> So hatten in der Provinz Brandenburg bis zum 10. September 1946 schon 10,6 % der Bürgermeister ihre Führungspositionen eingebüßt, davon 43,9 % aus politischen Gründen. Zudem war jeweils rund die Hälfte der Landräte, Kreisräte und Oberbürgermeister abgelöst worden.<sup>26</sup>

23 Barbara Schier, Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik (1945–1990). Münster/New York 2001, S. 145–150.

24 Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin (Ost) 1989, S. 69.

25 Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 252 f. und 359. Zur Entwicklung in der UdSSR als Hintergrund: *Stephan Merl*, Sozialer Aufstieg im sowjetischen Kolchossystem der 30er Jahre? Über das Schicksal der bäuerlichen Parteimitglieder, Dorfsowjetvorsitzenden, Posteninhaber in Kolchosen, Mechanisatoren und Stachanowleute, Berlin 1990, insb. S. 250–262.

26 Zur Bilanz der Entlassungen im September 1946: *Hans-Joachim Schreckenbach*, Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: *Werner Stang* (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 223–264, hier: S. 257. Vgl. auch *Klaus Scheel*, Veränderungen der



Mit den Gutsbesitzern entmachtete die KPD in der SBZ zudem eine Gesellschaftsgruppe, die im 19. Jahrhundert von einem feudalen Stand in eine »neue Klasse von Rittergutsunternehmern« übergegangen war. Nachdem sowjetische Truppen bereits in den ersten Tagen und Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Bauernhöfe und Güter beschlagnahmt hatten, begann im Spätsommer die Bodenreform, die der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, am 2. September 1945 verkündete. Gemeindebodenkommissionen konfiszierten unter Aufsicht der übergeordneten Kreisgremien und der Landesbodenkommissionen das Eigentum der »Junker« mit mehr als 100 ha Grundbesitz. Außerdem enteigneten sie führende Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher. Bis zum 1. Oktober 1947 wurden in der SBZ 7.049 Betriebe mit jeweils über 100 ha beschlagnahmt. Davon befanden sich 27,9 % in Mecklenburg und 23,8 % in Brandenburg. Den erfassten Bodenfonds von insgesamt 1,15 Millionen Hektar, die Gebäude, das Inventar und Vieh bewirtschafteten Staatsbetriebe, überwiegend aber Neubauern. Am 1. Januar 1950, als die Bodenreform abgeschlossen war, hatten von den Flächen, welche die Kommissionen einzelnen Personen übereignet hatten, landlose Bauern und Landarbeiter 42,6 % und Vertriebene (»Umsiedler«) 34,9 % erhalten. Allerdings waren die Parzellen dieser Neubauern so klein, dass sie sich zwar überwiegend selbst versorgen, aber kaum für den Markt produzieren konnten. Zudem handelt es sich um gebundenes Eigentum, das nicht verkauft, hypothekarisch belastet, verpachtet oder geteilt werden durfte.<sup>27</sup>

Ogleich einzelne von ihnen als Inspektoren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingesetzt wurden oder vorübergehend sogar wieder Landparzellen erhielten, ging der Einfluss der enteigneten Gutsherren, die noch in ihren Heimatdörfern lebten, nach ihrer Enteignung erheblich zurück. Ihre undifferenzierte Entmachtung als »Klasse«, deren »wirtschaftliche Wurzel« beseitigt werden sollte, war einem »Antifaschismus«-Konzept geschuldet, das die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus als Nährboden des Nationalsozialismus deutete und weniger auf das individuelle Verhalten im »Dritten Reich« als auf die politischen Ziele der KPD 1945 abstellte. Insofern bereitete die Bodenreform mittelfristig einem tiefgreifenden Elitenwechsel auf dem Land den Weg. Die Enteignung der Gutsbesitzer nach den Bodenreformverordnungen, durch sowjetische Tribunalurteile oder die SMAD-Befehle Nr. 124 und 64 (die jeweils landwirtschaftliches Eigentum erfassten) führte

---

Lebenslage der deutschen Zivilbevölkerung in der Provinz Brandenburg vor dem Kriegsende 1945, in: *Fritz Petrick* (Hrsg.), *Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa*, Münster 1997, S. 44. Die offiziellen Angaben zu der Zahl entlassener Bürgermeister variierten deutlich. Vgl. *Fritz Reinert*, *Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik*, Potsdam 1995, S. 83 (Anm. 182).

27 *Wolfgang Zank*, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S. 153–161. Angaben nach *Arnd Bauerkämper*, *Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963*, Köln/Weimar etc. 2002, S. 241 und 244; *Hanns C. Löhr*, *Der Kampf um das Volkseigentum. Eine Studie zur Privatisierung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern durch die Treuhandanstalt (1990–1994)*, Berlin 2002, S. 166. Zur Eigentumsform vgl. *Arnd Bauerkämper*, *Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland (1945–1999)*, in: *Hannes Stegrist/David Sugarman* (Hrsg.), *Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert)*, Göttingen 1999, S. 109–134, hier: S. 123 f.

vor allem in Mecklenburg und Brandenburg auf dem Land ein Vakuum herbei, ohne dass es damit unmittelbar zu einem weitreichenden Austausch der Führungsgruppen kam. So nutzten KPD-Funktionäre das Ansehen von Pfarrern als traditionale dörfliche Honoratioren, die aufgefordert wurden, an der Aufteilung des Landes teilzunehmen und damit die Bodenreform zu legitimieren. Als Entnazifizierungsmaßnahme deklariert, erleichterte die Entmachtung der Gutsbesitzer die 1952 begonnene Kollektivierung der Landwirtschaft funktional, ohne sie direkt zu verursachen.<sup>28</sup>

### **Neue Eliten nach der Bodenreform?**

Ein umfassender Elitenwechsel blieb in den Dörfern in den ersten Nachkriegsjahren aus, weil die Neubauern als neue Gesellschaftsgruppe ökonomisch schwach waren und zudem bis zu den 1950er-Jahren sozial marginalisiert blieben. Das materielle Gefälle zwischen Alteingesessenen und »Umsiedlern«, aber auch die soziokulturellen Unterschiede – vor allem hinsichtlich der Sprache und Lebensgewohnheiten – drängten besonders die Flüchtlinge in dörflichen Milieus in eine Randstellung. Sie waren damit zumindest bis zur Kollektivierung von Führungspositionen ausgeschlossen. Nur in Dörfern, die ausschließlich von Vertriebenen bewohnt waren, konnten Flüchtlinge unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Leitungspositionen aufrücken, besonders in den Ortsausschüssen der im November 1947 gegründeten »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB). Andererseits hatte mit den Neubauern immerhin eine implantierte gesellschaftliche Gruppe Land übernommen, die von den neuen Machthabern in der SBZ mobilisiert werden konnte, um eine Rückkehr der enteigneten Gutsbesitzer zu verhindern. Zudem gewannen die neuen Stelleninhaber in den Gemeinden und Kreisen bei der Absetzung von Führungskräften wie Bürgermeistern und Landräten, die sich dem Herrschaftsan-

28 *Jens Murken*, »Ein Genosse muß sauber, blitzsauber dastehen!« Zum Legitimitätspotential des kommunistischen Regimes innerhalb der ländlichen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1945, in: *Damian van Melis* (Hrsg.), *Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952*, Schwerin 1999, S. 261–279, hier: S. 266–268; *Tim Möhlenbrock*, *Kirche und Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Eine Untersuchung über das Verhalten der Evangelischen Landeskirchen und der Katholischen Kirche während der »demokratischen Bodenreform« in der SBZ unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Bodenreform auf das kirchliche Vermögen*, Frankfurt am Main 1997, S. 261 f., 271, 311, 313, 325 f. und 328. Zum Verhältnis von »Antifaschismus« und Enteignung der Gutsbesitzer vgl. *Werner Bramke*, *Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Ostdeutschland aus dem Geist des Widerstandes*, in: *Peter Steinbach/Johannes Tüchel* (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994, S. 582–596, hier: S. 593; *Arnd Bauerkämper*, *Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: *ZfG* 42, 1994, S. 623–634, hier: S. 632 f.; *Torsten Hartisch*, *Die Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1998, S. 13–17, 76 und 105–108.

spruch der deutschen Kommunisten wideretzten, als Akklamationsbasis politisch eine wichtige Legitimationsfunktion.<sup>29</sup>

Jedoch wandten sich in der SBZ in den späten 1940er-Jahren offenbar viele Neubauern von der SED ab, weil die ökonomische Lage dieser Gesellschaftsgruppe trotz wirtschaftlicher Hilfen prekär und ihre Integration in die ländliche Gesellschaft begrenzt blieben. Da Sozialprestige in den Gemeinden überwiegend weiterhin an Besitz (besonders von Land) gebunden war, stiegen in der unmittelbaren Nachkriegszeit lediglich wenige Neubauern in dörfliche Führungspositionen auf. Organisationen wie die Gemeindebodenkommissionen und die Ortsausschüsse der VdGB waren nur bedingt Rekrutierungsorgane neuer Funktionseliten. Erst mit der erzwungenen Eingliederung der Raiffeisengenossenschaften in den späten 1940er-Jahren und der Bildung der »VdGB/Bäuerlichen Handelsgenossenschaft« (BHG) 1950 wurden systematischer Führungskräfte gewonnen, sodass die VdGB ihre »Kaderarbeit« verstärkte. Die 1949 eröffnete zentrale Bauernhochschule in Paretz und die Landesbauernschulen widmeten sich der Ausbildung von Funktionären, die der Organisation im SED-Regime institutionelle Stabilität verleihen sollten. In den frühen 1950er-Jahren wurden die Kreis- und Ortsvorstände der VdGB vorübergehend auch durch die Aufnahme von Industriearbeitern gestärkt, die sich zur Arbeit in Leitungspositionen auf dem Land verpflichtet hatten. Zudem ersetzten gewerbliche Arbeiter örtliche BHG-Sekretäre, die als politisch unzuverlässig oder fachlich ungeeignet galten. Diesen Umbruch führten die Parteiaufgebote »Industriearbeiter zur Demokratisierung des Dorfes« und »Funktionäre aufs Land« herbei. Darüber hinaus verstärkte die Anordnung des ZK der SED zur »Aufstellung eines Aufgebots von 2000 erfahrenen Parteiarbeitern für das Dorf« vom 10. August 1951 die Rekrutierung zur Arbeit in Führungspositionen in ländlichen Gemeinden. Die Fluktuation unter den neuen Kräften war aber enorm hoch, da die geringe Bezahlung und die schlechten Arbeitsbedingungen auf dem Land viele der gewonnenen Industriearbeiter abstießen. Überdies war der Transfer des Leitungspersonals von den Kreissekretariaten der VdGB/BHG völlig unzureichend vorbereitet und koordiniert worden. Mit seiner Direktive zu der gezielt inszenierten Kampagne »Industriearbeiter aufs Land« vom 23. April 1953 suchte das ZK der SED nicht nur diese Probleme zu beseitigen, sondern auch die Transformation der Agrarwirtschaft (zu Kollektivbetrieben) und der ländlichen Gesellschaft voranzutreiben. Dazu wurden auch »Kader« in ländliche Regionen geschickt. Allerdings scheiterte die Aktion wegen der anhaltenden Koordinationsprobleme, des Mangels an Wohnraum und der relativ geringen Entlohnung. Auch trafen die ortsfremden Leitungskräfte in den Dörfern oft auf Ablehnung, sodass ihre soziale Integration schwierig und langwierig war.<sup>30</sup>

29 Jochen-Christoph Kaiser, Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 119–131.

30 Dazu detailliert: Gregory R. Witkowski, The Campaign State. Communist Mobilizations for the East German Countryside, 1945–1990, De Kalb 2017, S. 53–155; Dierk Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002, S. 516–520 und 548. Exemplarisch: Schier, Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«, S. 138 f.; Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 425 f.

Ebenso wie die VdgB, die nach dem Beginn der Kollektivierung ihren politischen Einfluss bis zu den 1980er-Jahren weitgehend verlor, sollte die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) ab 1948 zu einem wichtigen Rekrutierungsorgan von Führungspersonen auf dem Land werden. Vorsitzender der neuen Partei war bis 1982 der ehemalige Knecht Ernst Goldenbaum, der 1920 der KPD beigetreten war.<sup>31</sup> Auf Druck der SMAD konstituiert, wurde der DBD-Führung auferlegt, parteilose und enttäuschte Bauern zu gewinnen, der CDU möglichst viele Mitglieder zu entziehen und »diejenigen Elemente [zu] stärken und unter ihren Einfluss [zu] bringen, die aufgrund einer ganzen Reihe von Bedingungen für die Sozialistische Einheitspartei noch nicht reif sind«. In den Ortsvorständen der Partei verfügten »werktätige« Bauern in der DDR 1951 mit 65,3 % numerisch über eine deutliche Mehrheit, aber noch 1952 waren »Großbauern« mit einem Anteil von 4,6 % in den örtlichen Leitungsgremien der DBD vertreten, bevor diese Landwirte mit mehr als 20 ha 1952/53 sukzessive aus der Partei ausgeschlossen wurden. Die Anziehungskraft der DBD auf Neubauern blieb jedoch offenbar begrenzt, denn noch im Juni 1954 stellte diese Gesellschaftsgruppe in Brandenburg lediglich 23 %, alteingesessene Landwirte dagegen rund 28 % der Parteimitglieder.<sup>32</sup>

Nachdem die DBD im November 1949 ihre zentrale Parteihochschule »Thomas Müntzer« in Borkheide bei Belzig eröffnet hatte und daraufhin die Schulung der Funktionäre intensiviert worden war, wurde die Partei in den 1950er-Jahren zu einem Sammelbecken der Funktionseliten in den Agrarbetrieben und den ihnen übergeordneten Landwirtschaftsverwaltungen. Da in der ersten Kollektivierungsphase 1952/1953 die Mehrheit der LPG-Vorsitzenden in Mecklenburg und Brandenburg bereits der SED angehörte, erlaubte die Staatspartei der DBD ab Mai 1953, Mitglieder in den Produktionsgenossenschaften zu werben. In einzelnen dieser Betriebe wurden Angehörigen der Bauernpartei, in der nun junge »Kader« aufstiegen,

31 *Michael Heinz*, Ernst Goldenbaum, in: Historische Kommission für Mecklenburg (Hrsg.), Biographisches Lexikon für Mecklenburg. Bd. 8, Schwerin 2016, S. 102–109.

32 Zitat: Bericht der Informationsverwaltung der SMAD vom 9. März 1949, in: *Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark* (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998, S. 205. Angaben zur Sozialstruktur der DBD bei *Theresia Bauer*, Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003, S. 356; *Christel Nehrig*, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2375–2398, hier: S. 2397; *Detlef Kotsch*, Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 47, 1996, S. 149–191, hier: S. 168 f.; *Bernhard Wernet-Tietz*, Bauernverband und Bauernpartei. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984, S. 590. Zur Gründung und Entwicklung der DBD vgl. auch *Jens Schöne*, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000, S. 35–40; *Adolf Weber*, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 2809–2888, hier: S. 2849–2852.

sogar schon Leitungspositionen übertragen. Die Vorsitzenden, die der Bauernpartei angehörten, wiesen oft fachliches Wissen auf. Nachdem die Landwirtschaftsabteilungen der Räte der Kreise und Bezirke in den 1950er-Jahren zunehmend qualifizierte DBD-Mitglieder aus dem Führungspersonal der neuen Agrarbetriebe rekrutiert hatten, rückten einzelne LPG-Vorsitzende nach dem Mauerbau im Generationswechsel sogar in den Parteivorstand auf, den zuvor SED-Funktionäre dominiert hatten. 1965 arbeiteten in der DDR zudem rund 15.000 DBD-Mitglieder in Gemeindevertretungen, wo sie sich vielerorts für eine konkrete Verbesserung des Alltagslebens, der Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse einsetzten. 1988 gehörten schließlich 1.500 Bürgermeister und 1.000 LPG-Vorsitzende der DBD an. Insgesamt war die Bauernpartei in den 1980er-Jahren in vielen Dörfern so stark verwurzelt, dass sie hier einflussreiche »Kader« stellte. Diese betrachtete die SED-Führung durchaus als Konkurrenz.<sup>33</sup>

### ***Das Leitungspersonal von Volkseigenen Gütern, Maschinen-Ausleih-Stationen beziehungsweise Maschinen-Traktoren-Stationen und Elitenwechsel bis 1961***

Als neue Agrarbetriebe verschoben die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS; ab 1948) beziehungsweise Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS; ab 1952) sowie die Landesgüter beziehungsweise Volkseigenen Güter (VEG) in der SBZ und frühen DDR die institutionelle Basis der dörflichen Eliten. Während Führungspositionen in den traditionellen Gremien der lokalen Selbstverwaltung seit den 1950er-Jahren rapide an Gewicht verloren und das Privateigentum als Kriterium sozialer Ungleichheit ebenso zurücktrat wie als Voraussetzung gesellschaftlichen Prestiges, beeinflusste das Leitungspersonal der neuen staatlichen Betriebe nachhaltig die Entwicklung der ländlichen Gemeinden. Die Direktoren sahen sich jeweils auch mit sicherheitspolitischen Aufgaben konfrontiert, da den MTS und VEG ebenso wie den LPG jeweils »Selbstschutzgruppen« und »Sicherheitsabschnitte« zugeordnet wurden, die Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei leiteten. Die Leiter der Agrarbetriebe kontrollierte zudem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das besonders nach dem Volksaufstand 1953 und in den frühen 1960er-Jahren auf dem Land nach »Feinden« suchte. Die Mitarbeiter des MfS beurteilten in ihren Berichten an die Bezirksverwaltungen oft detailliert die Führungsarbeit in den Betrieben. Dafür

---

33 *Bauer*, Blockpartei und Agrarrevolution von oben, S. 353 f., 364 und 373; *Konrad Kühne*, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: *Eppelmann/Möller/Nooke* u. a., Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 154 f.; *Christel Nehrigh*, Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: *Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss* u. a. (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 343–365, hier: S. 348 f., 354 f. Zur Rekrutierung von DBD-Mitgliedern in den 1950er-Jahren die Analyse vom 15. November 1957 in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA), Rep. 730, Nr. 1166. Zur Ausbildung von Nachwuchskräften vgl. *Wernet-Tietz*, Bauernverband und Bauernpartei, S. 131–133. Aufstellung der LPG-Vorsitzenden vom 9. Oktober 1952, BLHA, Rep. 530, Nr. 1421. Zu den LPG-Vorsitzenden im Bezirk Potsdam die Liste vom 11. September 1961, BLHA, Rep. 530, Nr. 1372. Zur Parteizugehörigkeit der LPG-Vorsitzenden in Mecklenburg und Brandenburg 1952 die Listen in: Bundesarchiv, Berlin (BArch), DK-1, Nr. 5885, Bl. 110; DK-1, Nr. 5887, Bl. 5, 12, 32–37, 65, 82, 105 f. und 137 f.; BLHA, Rep. 601, Nr. 2649, Tabelle vom 21.11.52.

nutzten sie von 1952 bis 1955 in den Politischen Abteilungen der MTS, in denen stellvertretende Leiter in diesen Jahren vielfach zugleich Stasi-Mitarbeiter waren, zahlreiche Informanten.<sup>34</sup> Zudem wurden die Dörfer zunehmend in die überlokale Siedlungspolitik eingebunden, besonders mit dem Übergang zur »Territorialplanung« seit 1952, die mit der zentralen Volkswirtschaftsplanung verknüpft wurde.<sup>35</sup>

Am deutlichsten veränderte in den 1950er-Jahren aber der Beginn der Kollektivierung das Arbeitsfeld der »Kader« in der Landwirtschaft. Nunmehr bestimmten in den einzelnen Gemeinden die LPG verstärkt die Siedlungsentwicklung, die Sozialfürsorge und die infrastrukturelle Ausstattung. Die LPG-Vorsitzenden, die der Kontrolle durch die Kreisleitungen der SED unterworfen waren, prägten weithin die sozialen Beziehungen und bestimmten die ökonomische Entwicklung der Dörfer. Demgegenüber büßten traditionale Honoratioren wie Bürgermeister, Lehrer und Pfarrer ihre soziokulturelle Leitbildfunktion und politische Macht ein. Allerdings schirmten dörfliche Beziehungsnetze andere traditionale Führungspersonen wie Großbauern noch ab, die damit ihr gesellschaftliches Prestige zumindest partiell konservieren und ihr kulturelles und soziales Kapital mittelfristig zum Teil sogar nutzen konnten, um auch in den Produktionsgenossenschaften Leitungspositionen zu erreichen, die das SED-Regime mit den neuen Agrarbetrieben erst herausgebildet hatte. Zugleich boten die LPG und die damit verbundene Desintegration der traditionellen dörflichen Sozialstruktur Vertriebenen und Neubauern Chancen für einen innerbetrieblichen Aufstieg in Führungsstellungen.<sup>36</sup>

34 *Michael Heinz*, »In jedem Betrieb haben die ja ihre ›Informanten‹ sitzen« – Landwirtschaft und Staatssicherheit auf Poel, in: *Andreas Röpcke* (Hrsg.), *Poel. Studien zur Geschichte einer besonderen Insel*, Schwerin 2021, S. 219–259, hier insb. S. 225, 229, 232, 240, 243, 246 f. und 259; *Regina Teske*, *Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958*, Berlin 2006, S. 43, 50 und 59; *dies.*, *Landtechnik und »Aufklärung« – die Mitarbeiter des Mfs in den Politischen Abteilungen der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS)*, in: *Horch und Guck* 12, 2003, Nr. 41, S. 12–16; *Thomas Lindenberger*, *Vaters kleine Helfer. Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung 1952–1965*, in: *Gerhard Firmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer* (Hrsg.), *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969*, Hamburg 2001, S. 229–253, hier: S. 237 und 242; *Daniela Münkler*, *Unruhe im eingeschlossenen Land. Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau*, in: *VfZ* 59, 2011, S. 579–608, hier: S. 584.

35 *Jörg Roesler*, *Räumliche Auswirkungen der Wirtschaftspolitik im geteilten Deutschland: der ostdeutsche Raum*, in: *Josef Wysocki* (Hrsg.), *Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1994, S. 129–140, hier: S. 130 f.

36 *Uta Bretschneider*, »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG, Leipzig 2016, insb. S. 457 (anhand der thüringischen Gemeinde Kloster Veßra); *Jonathan Osmond*, *Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung*, in: *Richard Bessel/Ralph Jessen* (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 137–169, hier: S. 137, 153 und 158; *Jonathan Osmond*, *From Junker Estate to Co-operative Farm. East German Agrarian Society 1945–61*, in: *Patrick Major/Jonathan Osmond* (Hrsg.), *The Workers' and the Peasants' State. Communism and Society in East Germany under Ulbricht 1945–71*, Manchester 2002, S. 130–150, hier: S. 146. Die Elitenkontinuität auf dem Land wird allerdings überschätzt bei *Dagmar Langenhan*, »Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!« Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: *Thomas Lindenberger* (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar etc. 1999*, S. 119–165, hier: S. 126, 161 und 164. Zum Bedeutungsverlust der Gemeindevertretungen vgl. *Antonia Maria Humm*, *Auf*

Die »Kaderpolitik« veränderte die Sozialstruktur und parteipolitische Zusammensetzung des betrieblichen Leitungspersonals in den 1950er-Jahren jedoch nur schrittweise. Vielmehr waren die SED-Parteileitungen auf dem Land zu pragmatischen Konzessionen gezwungen, um die LPG, Maschinenstationen und VEG, die überwiegend wenig produktiv wirtschafteten, zu festigen. Andererseits mussten sich betriebliche Führungskräfte, die ständige Eingriffe der übergeordneten SED-Leitungen vermeiden und beruflich avancieren wollten, den ideologischen Zielen und politischen Anforderungen der Staatspartei unterordnen. Dennoch waren im brandenburgischen Bezirk Cottbus noch Ende 1953 von insgesamt 19 VEG-Direktoren nur vier Arbeiter. Neun Direktoren hatten vor 1945 als Inspektoren auf Gütern und zwei weitere als Großbauern gearbeitet. Die meisten Betriebsleiter waren nicht in der KPD politisch sozialisiert worden; ein Direktor hatte vor 1945 sogar der NSDAP angehört. Demgegenüber gehörten Ende 1953 schon 73,7 % dieser »Kader« der SED und noch 15,8 % der DBD an. Politische Loyalität setzte aber keineswegs eine Sozialstruktur voraus, die den ideologischen Postulaten der SED-Spitzenfunktionäre entsprach. So gehörten in der DDR im März 1952 zwar 73 % der VEG-Direktoren der SED an; jedoch entstammten lediglich 32 % der Gruppe der »werkstätigen Bauern«, 27 % hatten zuvor als Angestellte oder Beamte und 15 % sogar als »Großbauern« gearbeitet. Die SED-Leitungen registrierten diese Diskrepanz mit Sorge und warfen Direktoren, welche die Erwartungen nicht erfüllten, »junckerliche Manieren« vor. Die Stellung dieser Führungskräfte war auch innerbetrieblich umstritten. Alles in allem standen die VEG-Direktoren in den 1950er-Jahren unter einem erheblichen Bewährungsdruck, was die Parteifunktionäre vor Ort durchaus ausnutzten.<sup>37</sup>

Anschließend wurde die Qualifizierung des Leitungspersonals in den Staatsgütern aber erheblich intensiviert und systematisiert. In den VEG waren – ebenso wie in den Produktionsgenossenschaften und Maschinenstationen – Führungskräfte zu bestimmen, die zum Studium an Fach- und Hochschulen vorübergehend von ihrer Arbeit befreit werden sollten. Da die »Kader« aber fast ausnahmslos in den Betrieben unabhkömmlich waren, wurden sie von den Bezirks- und Kreisleitungen der SED aufgefordert, ein Abendstudium aufzunehmen, um so einen Hoch- oder Fachschulabschluss zu erwerben. Damit sollten vor allem Direktoren befähigt werden, in den VEG als »Leiter sozialistischer Kollektive von Menschen« zu agieren. Dennoch hatten 1957 im Bezirk Potsdam nur rund 42 % die Qualifikation eines Diplomlandwirts erworben. Wie der Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) 1960 zusammenfassend bemerkte, blieb die Leistungsfähigkeit der Direktoren vielfach hinter ihrer formalen Qualifikation zurück.<sup>38</sup>

---

dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969, Göttingen 1999, S. 208–216.

37 Christel Nehrig, Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945–1970, in: Hübner, Eliten im Sozialismus, S. 309–324, hier S. 311, 313 und 316 (Angaben). Angaben zur Sozialstruktur und Parteizugehörigkeit der VEG-Direktoren im Bezirk Cottbus in: BLHA, Rep. 801, Nr. 27518 (Analyse vom 31.12.1954; Statistiken vom 31.12.1954 und 15.12.1953; »Analyse zum Statistischen Berichtsbogen A im 4. Quartal 1953«; »Arbeitsplan für das III. Quartal 1953«).

38 BLHA, Rep. 601, Nr. 1661 (»Fragen für den Bericht an das Politbüro«); Rep. 530, Nr. 202, Bl. 105 (»Bürovorlage: Die Entwicklung der VEG des Bezirkes Potsdam, ihre Arbeit zur Durchführung der Beschlüsse der 7. ZK-Tagung«). Zur Qualifikationsstruktur im Bezirk Potsdam 1957, 1960 und

Ebenso wenig wie die Staatsgüter bildeten die MAS zunächst ein breites Reservoir landwirtschaftlicher Führungskräfte. Besonders der Mangel an qualifiziertem Personal und die hohe Fluktuation in den Betriebsleitungen schlossen noch in den frühen 1950er-Jahren eine langfristig angelegte, systematische »Kaderarbeit« weitgehend aus. Die Personalunterlagen und Arbeitsberichte waren oft so lückenhaft, dass die Personalabteilungen nur langsam einen Überblick über die Führungskräfte in den MAS gewannen.<sup>39</sup>

Auch konnte die enorme Fluktuation in den Leitungspositionen der Maschinenausleihstationen, VEG und MTS in den 1950er-Jahren kaum eingedämmt werden. Die »Kaderpolitik« der Bezirksleitungen der SED erschöpfte sich weitgehend in spontanen Revirements, besonders nach dem Volksaufstand vom Juni 1953, als Führungskräften die miserable Lage in vielen Agrarbetrieben und die Versorgungskrise angelastet wurde. Sie repräsentierten in den Gemeinden das staatssozialistische Regime. Angesichts der Proteste und Übergriffe gegen sie zeigten sich die betrieblichen und kommunalen Leitungspersonen verunsichert.<sup>40</sup> Die SED-Führung personalisierte die Probleme und ließ »Kader« ablösen, die sich als illoyal oder unfähig erwiesen hatten. Im Bezirk Cottbus wurden in einzelnen Maschinenstationen 1953 Betriebsleitungen sogar vollständig ausgewechselt. Beschäftigte, die aus der Industrie aufs Land geschickt und dort in Leitungspositionen gelangt waren, kehrten ernüchtert wieder in ihre gewerblichen Betriebe zurück. Desillusioniert über die wirtschaftliche Labilität der Produktionsgenossenschaften, Staatsgüter und MTS und entmutigt von den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen auf den neuen Landwirtschaftsbetrieben, verließen auch nach 1953 nicht nur Direktoren von VEG und Maschinenstationen sowie LPG-Vorsitzende ihre Betriebe, sondern auch untergeordnete Führungspersonen. Die gezielte Entlassung von Führungskräften erhöhte den Personalangel in den staatlichen Agrarbetrieben. So setzten SED-Kreisleitungen im Bezirk Potsdam allein 1953 in Maschinenstationen 15 Direktoren und 21 Technische Leiter, 10 Oberagronomen und 13 Oberbuchhalter ab.<sup>41</sup>

---

Anfang 1962: BLHA, Rep. 530, Nr. 1432 (»Entwurf eines langjährigen politisch-ideologischen und organisatorischen Programms zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Steigerung der Brutto- und Marktproduktion des Bezirkes Potsdam«); Rep. 530, Nr. 1542 (Übersicht vom 14.4.1962); Rep. 530, Nr. 1541 (»Bürovorlage«).

39 Vgl. BLHA, Rep. 401, Nr. 1224, Bl. 190 (Schreiben der MTS-Nedlitz an die Bezirksverwaltung der MTS, Potsdam, vom 20.2.1953); Rep. 401, Nr. 1607 (Schreiben vom 13.8.1953); Rep. 401, Nr. 1610 (Schreiben vom 9.12.1953).

40 Ulrich Kluge, Die verhinderte Rebellion. Bauern, Genossenschaften und die SED im Umfeld der Juni-Krise 1953 in der DDR, in: *Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick* (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 317–335, hier: S. 328–331; Arnd Bauerkämper, Keine Ruhe auf dem Lande. Formen abweichenden Verhaltens in dörflich-agrarischen Milieus im Sommer 1953, in: *Roger Engelmann/Ilko-Sascha Kowalczyk* (Hrsg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005, S. 263–297, hier: S. 279–284.

41 Nehrig, Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945–1970, S. 323; BLHA, Rep. 930, Nr. 702 (Bericht vom 3.6.1953). Angabe zum Bezirk Potsdam nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 1602 (»Aus den Stationen ausgeschiedene Leiter, Techn. Leiter, Oberagronomen und Oberbuchhalter im Jahre 1953«). Vgl. auch BLHA, Rep. 530, Nr. 1539 (Schreiben vom 26.7.1955). Zur Entlassung einzelner Führungspersonen exemplarisch: BLHA, Rep. 250, Zauch-Belzig, Nr. 119, Bl. 95 (»Sekretariatsvorlage; Kulturarbeit in den Massenorganisationen im Kreis Zauch-Belzig« vom 15. Februar 1952).



### Die Vorstände der LPG

Den Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die mit dem Beginn der Kollektivierung ab 1952 gegründet wurden, oblag die Leitung der neuen Kollektivbetriebe. Sie wurden von den Kreisleitungen der SED und den staatlichen Organen (besonders den Räten der Kreise) angeleitet und überwacht. Kreissekretäre der Partei besuchten die LPG, um »Volksnähe« zu demonstrieren, die nicht ausschließlich ritualisiert bekundet wurde. Daneben gehörten im Allgemeinen die Brigadiere, (Ober-)Agronomen und Buchhalter den LPG-Vorständen an. Die Vorsitzenden sollten in den 1950er-Jahren ein deutliches Wachstum der Erzeugung herbeiführen und die Produktivität steigern, aber auch das »genossenschaftliche Bewusstsein« der Mitglieder fördern und eine systematische »Kaderarbeit« sichern. Dazu waren sie berechtigt, den ihnen untergebenen Führungskräften Anweisungen zu erteilen. Während damit einerseits »Elemente der Einzelleitung« durchgesetzt werden sollten, mussten die Vorsitzenden der LPG andererseits den »Grundsätzen der genossenschaftlichen Demokratie« Rechnung tragen. Das betriebliche Leitungspersonal geriet so – wie auch in den VEG und MTS – in ein Dilemma, das es nicht beseitigen konnte. Vielmehr beschuldigten SED-Bezirks- und Kreissekretäre nach dem Beschluss des V. Parteitags (10.–16. Juli 1958), die Kollektivierung voranzutreiben, Parteifunktionäre auf dem Land, sich nicht konsequent für den Zusammenschluss von Bauern zu Produktionsgenossenschaften einzusetzen. Sie standen dabei ihrerseits unter dem Druck des ZK, das von 1958 bis 1963 143 Sekretäre der SED-Bezirksleitungen – darunter allein 26 Landwirtschaftssekretäre – absetzte. Damit führten die Ostberliner Machthaber einen Generationswechsel auch unter diesen »Kadern« herbei.<sup>42</sup>

In den LPG konnten Angehörige der gesellschaftlichen Unterschichten, die bis 1945 vielfach benachteiligt waren, zunächst schnell in Führungsstellungen avancieren. Die Leitungskräfte der Produktionsgenossenschaften wurden offiziell vor allem aus der Arbeiterschaft rekrutiert, auch wenn zu beachten ist, dass diese Schicht in den Statistiken der DDR wegen der politischen Legitimationsideologie des deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« weit definiert wurde und die soziale Herkunft keineswegs durchweg mit der früheren Berufstätigkeit übereinstimmte. So hatten im Kreis Forst (Bezirk Cottbus) noch im Mai 1960 64,8 % der LPG-Vorsitzenden zu-

---

Zur Fluktuation in MTS im Bezirk Cottbus: BLHA, Rep. 930, Nr. 44, Bl. 58 f. (Bericht »Genosse Pätzke«). Zu den Spannungen im Handel der »Kader« in den SED-Bezirksleitungen vgl. *Helga A. Welsh*, The Elite Conundrum in the GDR: Lessons from the District Level, in: *German Studies Review* 24, 2001, S. 19–33, hier insb. S. 25; *Heinrich Best*, Parteierrschaft und Kaderpolitik: Ein kollektivbiographisches Porträt der Spitzenkader der SED in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 1952–1989, in: *Historical Social Research*, 2008, Supplement 20, S. 211–236, hier: S. 230–236.

42 *Mario Niemann*, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn/München etc. 2007, S. 106 f., 109 f., 112 f. (Angaben) und 118 f.; *Andrea Bahr*, Parteierrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989, Berlin 2016, insb. S. 168 und 218. Überblick zur Kollektivierung bei *Jens Schöne*, Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Abläufe, Hintergründe, Folgen, in: *Michael Beleites/Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf/Robert Grünbaum* (Hrsg.), *Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*, Berlin 2010, S. 19–31; *Bauerkämper*, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur, S. 159–194.

vor als Bauern und nur 25,9 % als Arbeiter ihren Lebensunterhalt verdient. 3,7 % waren den Produktionsgenossenschaften als Landarbeiter beigetreten. Tendenziell ging das Durchschnittsalter der Betriebsleiter in den späten 1950er-Jahren zurück, da neue, bereits in der DDR ausgebildete »Kader« in den LPG zunehmend Führungspositionen erreichten. Sie konnten in den Produktionsgenossenschaften in dieser Phase oft schnell aufrücken.<sup>43</sup>

Der berufliche und gesellschaftliche Aufstieg und das feste Einkommen wurden im Allgemeinen mit einer weitgehenden Konformität gegenüber der offiziellen Politik erkaufte, da Vorsitzende in die SED oder in eine der Blockparteien eintreten und bisherige Überzeugungen aufgeben mussten. Auch wenn viele Leiter der Kollektivbetriebe grundsätzlich durchaus überzeugte »Genossen« waren, blieb der Beitritt zur Staatspartei für einige von ihnen schwierig.<sup>44</sup> Deshalb verweist der Anteil der Parteimitglieder in den Vorständen der LPG auf das erhebliche Ausmaß der politischen Durchdringung. Allerdings setzten sie die SED-Agrarpolitik keineswegs bruchlos und überall durch. Die Vorsitzenden der Kollektivbetriebe waren außerdem von den Planvorgaben der übergeordneten Instanzen abhängig. Zugleich erforderten die Interessen der Akteure in den Gemeinden eine pragmatische Anpassung. Damit war die Leitung von LPG ein permanenter Balanceakt.<sup>45</sup>

Führungsaufgaben wurden auch in den neuen Landwirtschaftsbetrieben weiterhin überwiegend Männern zugewiesen. Demgegenüber erreichten nur relativ wenige Frauen Leitungspositionen. Im Bezirk Potsdam stellten sie im September 1953 lediglich rund 4 % der LPG-Vorsitzenden. Im August 1956 bezeichnete auch die SED-Kreisleitung in Strausberg die »Arbeit mit den Frauen« als »schwach«. An den Lehrgängen für LPG-Vorsitzende hatte im Kreis noch keine Frau teilgenommen.<sup>46</sup>

43 Vgl. die Kurzbiografien vom 1., 2. und 17. März 1962, BLHA, Rep. 530, Nr. 1331. Zur Alters- und Sozialstruktur Angaben in BLHA, Rep. 930, Nr. 873 (Schreiben vom 3.5.1960 und 26.5.1960); Rep. 801, Nr. 25015 (»Entwicklung der LPG«). Zur Führungsstruktur von LPG und zur Zusammenarbeit des Leitungspersonals allgemein vgl. *Kai Brauer/Andreas Willisch/Frank Ernst*, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende – Lebenswirklichkeit zwischen Kollektivierung und Transformation. Empirische Langzeitstudie, in: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt am Main 1999, S. 1325–1428, hier: S. 1368–1370.

44 Dazu schon *Ehrhart Neubert*, Eine Woche der Margot Triebler. Zur Soziologie des »schönen und produktiven Dorfes« (Schluß), in: Kirche im Sozialismus 14, 1988, S. 148–156, hier: S. 149.

45 BLHA, Rep. 930, Nr. 873 (Analyse vom 3.5.1960; Bericht vom 13.5.1960; »Analyse über Vorsitzende und LPG-Vorstände sowie der Revisionskommissionen im Kreis Bad Liebenwerda«; Bericht vom 26.5.1960). Vgl. auch *Hans C. Buechler/Judith-Maria Buechler*, Contesting Agriculture. Cooperativism and Privatization in the New Eastern Germany, Albany 2002, S. 41 und 63.

46 Zit. nach dem Bericht vom 17. August 1956, BLHA, Rep. 730, Nr. 959. Angaben nach: BLHA, Rep. 401, Nr. 962 (Meldung vom 30.9.1953); Rep. 530, Nr. 1439 (Bericht vom 28.2.1961); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2023/56, Bl. 246 f. (Vermerk: »Zu einigen Problemen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Perleberg«); BLHA, Rep. 801, Nr. 25015 (»Entwicklung der LPG«); Rep. 530, Nr. 772, Bl. 11 (Bericht der Abteilung Organisation-Kader an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation). Zur DDR auch Angaben zu Frauen als LPG-Vorsitzende 1953 bei *Christel Panzig*, Hin zum eigenen Beruf. Frauen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, in: *Gunilla-Friederike Budde* (Hrsg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 171–182, hier: S. 176.

Insgesamt ließ der Mangel an geeigneten Führungskräften auf dem Land in den 1950er-Jahren keine systematische »Kaderpolitik« zu. In den Produktionsgenossenschaften wurden nur wenige neue Führungspersonen herangebildet, die fähig waren, die Betriebe zu stabilisieren. Da Leitungspersonal im Allgemeinen nicht abkömmlich war, sollten »Kader« die Winterschulung in den Dörfern und das Fernstudium an der LPG-Hochschule in Meißen nutzen, die 1953 gegründet worden war. In vielen LPG hatten die Vorsitzenden aber noch am Ende des Jahrzehnts keine »Kaderentwicklungspläne« ausgearbeitet. Überdies waren die Räte der Bezirke und die Räte der Kreise über den Ausbildungsstand der Führungskräfte in den LPG nicht präzise informiert. Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED legten zwar unablässig Maßnahmen fest, die in den Produktionsgenossenschaften die Betriebsleitungen personell stärken sollten. Dennoch blieben die »Kaderarbeit« in den LPG und die diesbezüglichen Initiativen der Landwirtschaftsabteilungen in den staatlichen Verwaltungen und Dienststellen der SED unzureichend. Den betrieblichen und lokalen Führungskräften warfen die übergeordneten Funktionäre 1957/58 wiederholt vor, die Kollektivierung dem »Selbstlauf« zu überlassen.<sup>47</sup>

Als besonders schädlich für die gezielte Heranbildung neuer Führungskräfte in der Landwirtschaft erwiesen sich die Mängel in den Leitungen der LPG. Hier fehlten Vorsitzende, die eine wissenschaftliche Ausbildung mit politischer Loyalität verbanden. Noch 1958 verfügten nur 20 % dieser »Kader« über eine agrartheoretische Ausbildung und 60 % waren von der SED, der DBD oder staatlichen Institutionen in die Kollektivbetriebe delegiert worden.<sup>48</sup> Nach Nikita Chruschtschows Verurteilung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU (14.–25. Februar 1956) kritisierten auch einzelne führende SED-Funktionäre die forcierte Kollektivierungspolitik. So forderte der Landwirtschaftsexperte Kurt Vieweg die Auflösung unrentabler Produktionsgenossenschaften. Er wurde aber vom Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, ebenso entmachtet wie die mächtigen Parteifunktionäre Karl Schirdewan, Ernst Wollweber und Fred Oelßner. Dagegen blieb der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, im Amt. Er hatte eine realistische Produktionsplanung verlangt und Landwirtschaftsminister Hans Reichelt als führungsschwach bezeichnet. Insgesamt fehlte Mitte der 1950er-Jahre eine stringente Alternative zur Kollektivierungspolitik, abgesehen von einer unrealistischen (und auch nicht geduldeten) Rückkehr zu Privateigentum und Marktwirtschaft. Nicht zuletzt entwickelten die Kritiker kein klares Konzept zur »Kaderarbeit« auf dem Land.<sup>49</sup>

47 Zu den »Kaderentwicklungsplänen«: BLHA, Rep. 730, Nr. 959 (Programmorschlag vom 22.12.1954; Vorlage vom 17.8.1956); BArch, DK-1, Nr. 9110, Bl. 18 (»Analyse der Entwicklung der LPG im Bezirk Cottbus im Jahre 1954«); BLHA, Rep. 930, Nr. 84 (»Kommuniqué der 14. Tagung der Bezirksleitung der SED am 11. und 12.5.60«). Zur Winterschulung und zum Fernstudium die Analyse vom 1. Dezember 1954, BLHA, Rep. 401, Nr. 826.

48 *Christian Krebs*, *Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945–1960*, Bonn 1989, S. 291

49 *Kyra T. Inachin*, *Der zweite Weg zum Sozialismus. Das Agrarprogramm Kurt Viewegs und Marga Langendorfs und die Krisenanalyse im Jahr 1957*, in: *Alexander Gallus/Werner Müller* (Hrsg.), *Sonde 1957. Das Jahr als symbolische Zäsur für Wandlungsprozesse im geteilten Deutschland*, Berlin 2010, S. 275–299; *Dierk Hoffmann*, *Lebensstandard und Konsumpolitik*, in: *ders.* (Hrsg.), *Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis*, Berlin/Boston 2016, S. 423–509, hier: S. 460–462; *Petra Weber*, *Getrennt und doch vereint*.

### **Die Qualifizierungsoffensive in den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren**

Angesichts der kaum zu überwindenden strukturellen Barrieren, die vor allem auf das System der Arbeitskräfteplanung zurückzuführen waren und einen durchgreifenden Elitenwechsel verhinderten, wurde auf dem Land in den 1950er- und 1960er-Jahren das Fachwissen von Funktionseleiten insgesamt aufgewertet. Dieser Prozess ging mit einem Generationswechsel einher und war von »parteilicher« Schulung begleitet. Zugleich verstärkte sich durchaus die Loyalität gegenüber der SED-Führung. Funktionseleiten, die auf dem Land Leitungsaufgaben übernehmen sollten, wurden zunehmend wissenschaftlich ausgebildet. Fachliche Schulung, die zu akademischen Abschlüssen führte, verquickte sich eng mit politischer Indoktrination. Im Verlauf der 1950er-Jahre wurden Leitungspositionen in den Betrieben und in den Gemeinden mit den Absolventen neuer Bildungsinstitutionen besetzt. Am Ende des Jahrzehnts stieg in der Landwirtschaft schließlich das Qualifikationsniveau der Führungskräfte. So förderten die LPG-Hochschule in Meißen, in der überwiegend in ein- oder zweijährigen Lehrgängen bis 1983 rund 7.300 LPG-Vorsitzende und 641 Hauptbuchhalter Weiterbildungslehrgänge abschlossen, und die 1951 gegründete »Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin« (DAL) die fachliche Bildung des landwirtschaftlichen Leitungspersonals. Allerdings war der Austausch zwischen der DAL, in der die von der SED-Führung abgelehnten »bürgerlichen Spezialisten« vor allem bis zu den 1960er-Jahren auf wissenschaftliche Entscheidungskriterien bestanden, und dem Landwirtschaftsministerium schwach. Zur Qualifizierung des Leitungspersonals im Agrarsektor trugen auch die Hochschule für Landwirtschaft in Bernburg und zahlreiche Spezialschulen bei, die von der SED und der Staatsverwaltung – so vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft – in den Bezirken eingerichtet wurden. Schon vor der Gründung dieser Institutionen waren Experten in andere Staaten – besonders in die Sowjetunion – geschickt worden und auch anschließend zeigte der anhaltende internationale Austausch die Einbindung wissenschaftlicher »Kader« in globale Netzwerke.<sup>50</sup>

Die neuen Bildungsinstitutionen wurden von den betrieblichen Führungskräften in der Landwirtschaft aber nur begrenzt genutzt, um sich für ihre Funktionen zu qualifizieren. In den 1950er-Jahren waren deshalb weder die LPG-Hochschule in Meißen noch die Bezirks- und Spezialschulen ausgelastet. Die zentralen Lehrgänge für LPG-Vorsitzende wurden im Schulungsjahr 1952/53 nur zu 47,6 %, die Kurse für Buchhalter demgegenüber aber zu 74,9 % besucht. Durchschnittlich waren alle

---

Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020, S. 327 f.; *Michael F. Scholz*, Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997, S. 180–201.

50 *Münkel/Heidenreich*, Das DDR-Landwirtschaftsministerium, S. 611–621. Zur Gründung der DAL und zum Austausch vgl. *Siegfried Kuntsche*, Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990. Dokumente und Untersuchungen, 1. Halbbd., Leipzig 2017, S. 13–31. Zu den »bürgerlichen Spezialisten« als Kampfbegriff in der UdSSR *Dietrich Beyrau*, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, S. 257. Zu den Absolventen der LPG-Hochschule *Heinz Zacharias*, 35 Jahre Hochschule für LPG Meißen: Lehre und Forschung für die sozialistische Landwirtschaft, in: Kooperation 17, 1988, S. 385–388, hier: S. 386.

Schulen für Führungskräfte der LPG in der DDR 1953 nur zu 50 bis 60 % belegt, denn Führungskräfte konnten in den Produktionsgenossenschaften kaum entbehrt werden. Darüber hinaus war der Anreiz für die »Kader«, sich weiterzubilden, in der Agrarwirtschaft gering, weil Kurse zwar mit einer erheblichen zusätzlichen Arbeitslast einhergingen, eine höhere Qualifikation die Einkommen aber oft nur geringfügig steigerte. LPG-Vorsitzende gaben sogar ihr Fernstudium an der Hochschule Meissen auf, weil sie schon in ihren Betrieben überfordert waren und sich daher nicht regelmäßig ihrer Weiterbildung widmen konnten. Auch wurden Führungskräfte, die Lehrgänge absolviert hatten, oft nicht in Positionen eingesetzt, die ihren neuen Ausbildungsabschlüssen entsprachen. LPG-Vorsitzende, die nach mehrjähriger Schulung in ihre Stellungen zurückkehrten, verdrängten zudem zum Teil bewährte Ersatzkräfte und lösten damit in den Kollektivbetrieben Unruhe aus. Hier traf eine Entlohnung nach Qualifikation und Leistung auf erhebliche Vorbehalte, weil eine Spaltung der Belegschaften befürchtet wurde. Trotz dieser Hemmnisse erhöhte sich die Qualifikation der »Kader« in den Agrarbetrieben seit den 1960er-Jahren sukzessive. Mit dem zunehmenden Anteil von Hochschul- und Fachschulabsolventen schlossen sich jedoch die zunächst bestehenden Aufstiegskanäle für Landarbeiter und ehemalige Kleinbauern. Auch die sozialen Distinktionen zwischen diesen Gruppen und ehemaligen Landwirten wurden in der »sozialistischen Menschengemeinschaft« nicht vollständig abgeschliffen.<sup>51</sup>

### III. »Kaderpolitik« auf dem Land. Der Elitenwechsel in den Agrarbetrieben von den späten 1960er- bis zu den 1980er-Jahren

#### *»Kader« in den LPG in den 1960er-Jahren*

In den frühen 1960er-Jahren mussten die Funktionseliten auf dem Land zunächst die überwiegend noch labilen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften festigen, nachdem ein von der SED-Führung angeheizter Wettbewerb regionaler und lokaler Parteiführer um den schnellsten Abschluss der Kollektivierung zu akuten Problemen geführt hatte. Das vielerorts gewalttätige Vorgehen der Agitatoren war auch bei einzelnen SED-»Kadern« auf Kritik getroffen. Bedrängte Bauern hatten vereinzelt sogar Selbstmord begangen. Die meisten Funktionäre gingen in den Bezirken und Kreisen aber rigoros gegen Zweifler vor. So ließ der Leiter der Bezirksverwaltung des MfS in Rostock 1960 nach Absprache mit der Bezirksverwaltung zwei Bauern verhaften, die ihre LPG verlassen hatten. Sie wurden wegen

---

51 Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 426 f. Angaben nach: BArch, DK-1, Nr. 5577, Bl. 170 (Liste »Spezial- und Bezirksschulen«), 179 (»Kaderfragen in der Landwirtschaft«), 211 (»Kurzanalyse über die Schulung und Qualifizierung der Mitglieder der LPG«) und 246 (»Übersicht über die bisherige Schulung der Kader für LPG«); DK-1, Nr. 9633, Bl. 60 f. (Schreiben des Rates des Bezirkes Frankfurt vom 11.2.1955); BLHA, Rep. 930, Nr. 713/2 (Bericht vom 9.6.1960). Zur geringen Auslastung der Schulen 1955/56: BArch, DK-1, Nr. 5577, Bl. 47 f. (»Vorschlag zur Verbesserung der Kaderausbildung an den Schulen der LPG«); BLHA, Rep. 530, Nr. 1370 (Vorlage vom 15.8.1956). Zu den Gründen: BArch, DK-1, Nr. 1819, Bl. 270 (»Situationsbericht« vom 12. März 1953); BLHA, Rep. 401, Nr. 963, Bl. 101 (Schreiben des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft an den Rat des Bezirkes Potsdam vom 27.5.1957).

»staatsgefährdender Hetze« zu jeweils sechs Monaten Haft verurteilt. Zudem flohen bis zum Mauerbau mehr als 11.000 Bauern in die Bundesrepublik.<sup>52</sup>

Ab 1963/64 stabilisierten sich die neuen Kollektivbetriebe aber so deutlich, dass auch die »Kaderarbeit« weiter systematisiert werden konnte. Die SED-Kreisleitungen und die LPG rekrutierten für Leitungsaufgaben in diesen Agrarbetrieben zunehmend wissenschaftlich geschulte und politisch loyale Nachwuchskräfte. Nur vorübergehend wurden in den 1960er-Jahren Direktoren von VEG als Vorsitzende in die Produktionsgenossenschaften delegiert. Auch misstraute die SED-Führung dem ehemaligen Leitungspersonal – so Inspektoren – der Güter, die im Zuge der Bodenreform enteignet worden waren. Demgegenüber eröffneten sich Vertriebenen und Großbauern, die in den 1950er-Jahren noch weitgehend isoliert worden waren, in den Produktionsgenossenschaften neue Aufstiegschancen, wenn sie inzwischen nicht Arbeitsplätze in der Industriegesellschaft gefunden hatten. Dies gilt auch für die Nachkommen dieser Gruppen. Viele Großbauernsöhne, die in der Landwirtschaft verblieben waren, verfügten über eine gute Fachausbildung, zu der sie in dem spezifischen Aspirationsklima ihrer Elternhäuser angeregt worden waren, und erreichten in den LPG auch wegen ihres anhaltenden gesellschaftlichen Ansehens in den Dörfern Leitungspositionen. Allerdings blieben die Erfolge bei der Steigerung der Qualifikation in den LPG-Vorständen begrenzt. Im Bezirk Erfurt verfügten 1961 nur 3,5 % der Vorsitzenden über einen Hochschulabschluss. Immerhin wuchs die Zahl der Beschäftigten mit dieser Qualifikation nach der offiziellen DDR-Statistik von 1963 bis 1969 von 6.754 auf 10.852. Darunter waren nahezu ausschließlich Führungskräfte.<sup>53</sup>

Die LPG-Vorsitzenden waren ebenso wie die Direktoren von Maschinenstationen und VEG einem erheblichen politischen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt. Zugleich nahm das Ausbildungsniveau der »Kader« in der Agrarwirtschaft insgesamt tendenziell zu, nicht zuletzt wegen der steigenden Zahl der Hochschulabsolventen. 1966 hatten im Bezirk Frankfurt (Oder) 3,0 % der Führungskräfte, die in der Landwirtschaft arbeiteten, ein Hoch- oder Fachschulstudium abgeschlossen; 3,1 % waren Meister und 16,2 % Facharbeiter. Weibliche »Kader« blieben in den Agrarbetrieben weiterhin deutlich unterrepräsentiert. 1966 arbeiteten in den Produktions-

52 Angabe nach *Weber*, Getrennt und doch vereint, S. 328. Vgl. auch *Udo Grashoff*, »Suizidales Klima« während der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960, in: *Beleites/Graefe zu Baringdorf/Grünbaum*, Klassenkampf gegen die Bauern, S. 33–45, hier: S. 40 und 45; *Daniela Münkel*, Staatsicherheit im »sozialistischen Frühling« 1960. Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung, in: *Deutschland Archiv* 43, 2010, S. 470–478, hier: S. 472–474; *Michael Heinz*, »Deine Idee von einer Groß-LPG ist eine Nummer zu klein«. DDR-Landwirtschaft in den 1960er und 1970er Jahren, in: *Die andere Seite des »Arbeiter- und Bauernstaates*«, S. 35–58, hier: S. 36 f.

53 *Volker Klemm*, Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 13, 1972, H. 2, S. 107–135, hier: S. 131; *Diethelm Gabler*, Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 125; *Heinz*, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 424 f. Zu Thüringen auch *Humm*, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf?, S. 158 f. und 311; *Last*, Rural Functionaries and the Transmission of Agricultural Policy, S. 100.

genossenschaften im gesamten Bezirk Frankfurt (Oder) lediglich sieben Frauen als Vorsitzende.<sup>54</sup>

Die »Kaderarbeit« der SED-Kreisleitungen und der Betriebsparteiorganisationen verbesserte sich in den 1960er-Jahren insgesamt nur langsam. 1962 wurden die 96 »Groß-LPG« des Typs III, die inzwischen gebildet worden waren, überwiegend noch immer nicht von qualifizierten Führungskräften geleitet. Auch in den darauffolgenden Jahren erklärten Mitglieder dieser Produktionsgenossenschaften Vorsitzenden, die sie nur unzulänglich informierten und ihre Interessen nicht berücksichtigten, wiederholt offen ihr Misstrauen. Eine unklare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den untergeordneten Führungskräften – vor allem Abteilungsleitern und Buchhaltern – und die Bildung zentraler SED-Leitungen neben den bisher bestehenden betrieblichen Parteiorganisationen erhöhten die Reibungsverluste bei der Arbeit der oft überforderten »Kader« in den großen Kollektivbetrieben. Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED setzten in den 1960er-Jahren aber zunehmend gezielt Führungskräfte in wirtschaftsschwache Produktionsgenossenschaften ein und wiesen den Betrieben damit Leitungspersonal zu, das nach dem tiefgreifenden Umbruch infolge der Zwangskollektivierung schließlich einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführte. Zudem wurden LPG-Mitglieder zu Führungskräften ausgebildet, die um 1970 auch in den neu gegründeten Kooperationsgemeinschaften benötigt wurden. Insgesamt prägte aber noch in den frühen 1970er-Jahren ihre Fachqualifikation, nicht aber vorrangig ihre politische Loyalität das Selbstverständnis der meisten LPG-Vorsitzenden, wie Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der Staatspartei wiederholt klagten.<sup>55</sup>

### ***Wissenschaftliche Leitungskonzepte und betriebliche Führungskräfte in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren***

Mit dem Übergang zur Kooperation und Spezialisierung, die durch »industriemäßige« Produktionsmethoden erreicht werden sollten, verlangte die Staats- und Parteiführung in der DDR besonders von den »Kadern« in den Landwirtschaftsbetrieben »klare Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse«, wie der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Gerhard Grüneberg, im September 1967 herausstellte. Als »Hauptaufgabe für die Qualifizierung der Führungskader« galt die enge »Verbindung der politisch-ideologischen und klassenmäßigen Erziehung mit der Befähigung zur erfolgreichen Nutzung aller Vorzüge der sozialistischen Ordnung sowie der modernsten Methoden und Techniken

54 Angaben (teils errechnet) nach dem Vermerk über »Einige Fakten über die Entwicklung des Bezirkes Frankfurt (Oder)«, BLHA, Rep. 730, Nr. 1924. Vgl. auch *Bauerkämpfer*, Loyale »Kader«?, S. 296; *Barbara Schier*, Die Rolle von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für Strukturwandel und Alltag in einem thüringischen Dorf vor und nach der »Wende«, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 27, 1998, S. 190–198, hier: S. 192; *dies.*, Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«, S. 42.

55 BLHA, Rep. 730, Nr. 3184 (Bericht vom 23.7.1970). Zu den Leitungsproblemen in »Groß-LPG« und anderen Produktionsgenossenschaften: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/359, Bl. 32; BLHA, Rep. 530, Nr. 207 (Bericht vom 4.5.1960); Rep. 730, Nr. 3181 (Schreiben vom 1.4.1969); Rep. 730, Nr. 3184 (Bericht vom 14.7.1970).

der Führungstätigkeit«. Da der Stellenwert der Leitung nach dem Übergang zum »Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung« (NÖSPL) ab 1963 wegen der größeren Autonomie der Branchen und Betriebe insgesamt deutlich wuchs, war – wie Grüneberg im Juni 1968 forderte – die »Qualität der Leitungstätigkeit [...] systematisch zu erhöhen«. Jedoch waren die politischen Vorgaben der SED-Führung wiederholt widersprüchlich. So lehnte Ulbricht 1969 Grünebergs Drängen auf eine Spezialisierung der Agrarbetriebe ab. Das Vorpreschen des ZK-Sekretärs kritisierte auch Georg Ewald, Vorsitzender des Landwirtschaftsrates beziehungsweise des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft beim Ministerrat und – von 1971 bis 1973 – Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.<sup>56</sup>

Der Forderung, die politische Loyalität der »Kader« zu festigen, schien die Zusammensetzung der Grundorganisationen der Staatspartei in der Landwirtschaft immer stärker zu entsprechen. So gehörten im Bezirk Frankfurt (Oder) 1967 in den Produktionsgenossenschaften vom Typ III (in denen außer dem Boden auch die Maschinen, die Geräte, die Gebäude und das Vieh gemeinsam bewirtschaftet wurden) 20 % und in den VEG 19,3 % der Beschäftigten den SED-Betriebsgruppen an. Zudem stieg das Qualifikationsniveau des betrieblichen Leitungspersonals in den 1960er- und 1970er-Jahren deutlich, denn besonders die zunehmende Konzentration und Mechanisierung in der industriellen Massentierhaltung stellte höhere Ansprüche. So veranschlagte die SED-Führung 1976 den Bedarf an betrieblichen Leitungskräften mit Hoch- oder Fachschulabschluss in der Viehwirtschaft mit rund 11 %. Tatsächlich war in der DDR von 1959 bis 1970 der Anteil der Hochschulabsolventen, die in Agrarbetrieben arbeiteten, von 0,5 auf 2,3 % gewachsen.<sup>57</sup>

Zugleich wuchsen aber die Anforderungen an das Leitungspersonal der neuen »Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion« (KAP), denn die Größe der Betriebe nahm in den frühen 1970er-Jahren deutlich zu. 1975 bewirtschafteten sie durchschnittlich jeweils 4.100 Hektar. Viele Leiter der neuen Großbetriebe waren mit ihrer Aufgabe überfordert, zumal sich einige beklagten, dass die SED-Leitungen sie zuvor massiv gedrängt hatten, die Position zu übernehmen. Obwohl in den KAP gute Verdienste und oft bessere Arbeitsbedingungen lockten, schreckten »Kader« in

56 *Michael Heinz*, Gerhard Grüneberg und Georg Ewald – ein ungleiches Führungspaar der SED-Agrarpolitik, in: *Detlev Brunner/Mario Niemann* (Hrsg.), *Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung*, Paderborn 2011, S. 219–238; *Heinz*, »Deine Idee von einer Groß-LPG ist eine Nummer zu klein«, S. 42. Zit. nach (in dieser Reihenfolge): SAPMO-BArch, NY 4233/81, Bl. 88 (»Aufgaben beim Aufbau einer industriemäßig organisierten und geleiteten Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in der DDR«); NY 4233/82, Bl. 121 (Vortrag Grünebergs vom 30.11.1967); NY 4233/86, Bl. 222 (Vortrag Grünebergs vom 2.12.1967). Vgl. auch *Gerhard Grüneberg*, *Agrarpolitik der Arbeiterklasse zum Wohle des Volkes. Ausgewählte Aufsätze 1957–1981*, Berlin (Ost) 1981, S. 50 f., 56 und 172. Als Fallstudie *Mario Janello*, *Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den sächsischen Bezirken zwischen 1960 und 1969*, Diss., Chemnitz 2012.

57 *Heinz*, *Von Mähdreschern und Musterdörfern*, S. 354.



den LPG vor einem Wechsel zurück, besonders wenn in den Stammbetrieben Vorsitzende erfolgreich arbeiteten.<sup>58</sup>

Außerdem behinderte die weitverbreitete Unsicherheit über die Bildung der Kooperationsgemeinschaften vielerorts eine systematische »Kaderarbeit«. So wurden 1966 im Bezirk Neubrandenburg hauptamtliche Vorsitzende in Kooperationsgemeinschaften eingesetzt. Dies lehnten Grüneberg und der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im ZK der SED, Bruno Kiesler, zu dieser Zeit aber noch ab. Scharf kritisierten sie die führenden »Kader« im nördlichen Bezirk, denen sie eine schematische Entwicklung der Kooperation vorwarfen. Die Kontrolle durch die Parteizentrale war offenkundig noch lückenhaft, obwohl der Anteil der SED-Mitglieder unter den Führungskräften stieg. So gehörten im Bezirk Frankfurt (Oder) von den KAP-Leitern, die 1972 ebenso wie die Direktoren der Zwischenbetrieblichen Einrichtungen »Nomenklaturkader« der SED-Kreisleitungen geworden waren, schon 90,3 % der SED an. Von den Parteisekretären, die selbstständige Grundorganisationen führten, hatten im Bezirk Frankfurt allein 42,3 % die Bezirksparteischule und 30,8 % verschiedene ZK-Institute absolviert. Auch die fachliche Qualifikation dieser Parteisekretäre war bis 1972 deutlich verbessert worden. 65,4 % von ihnen hatten sich in Fachschulen und 26,9 % in Hochschulen für ihre Aufgaben qualifiziert.<sup>59</sup>

Auch die Führungskräfte der »Kombinate für Industrielle Mast« (KIM), deren Bildung die SED in den späten 1960er-Jahren vorangetrieben hatte, waren formal gut qualifiziert. 1971 verfügten im Bezirk Frankfurt (Oder) die Hälfte der Mitglieder von Kombinatleitungen – darunter nur eine Frau – über einen Hochschulabschluss. 72,9 % dieser Leitungspersonen gehörten der SED an. Allerdings hatten nur wenige dieser »Genossen« die Bildungseinrichtungen der Staatspartei besucht, um an der Parteihochschule, Bezirksparteischulen, ZK-Instituten oder in Lehrgängen Zertifikate zu erwerben. Von den Abteilungs- und Meisterbereichsleitern waren 46,3 % SED-Mitglieder. Auch die fachliche Qualifikation des untergeordneten Leitungspersonals war geringer als der Ausbildungsstand der Mitglieder von Kombinatleitungen. Lediglich 23,8 % der Abteilungs- und Meisterleiter hatten ein Hochschulstudium abgeschlossen. In den KIM, aber auch in den anderen Landwirtschaftsbetrieben war eine Qualifikationssteigerung weiterhin wenig attraktiv, da anschließend die gewachsene Verantwortung in Leitungspositionen nicht wesentlich höher vergütet wurde. Wie die Funktionäre der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) über die Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister selber schrieben, bestand »weder moralisch noch materiell [...] ein direkter Anreiz, eine solche Qualifikationsstufe zu erreichen«.<sup>60</sup>

Nachdem auch in den einzelnen LPG die Tier- und die Pflanzenproduktion in den frühen 1970er-Jahren in selbstständige Abteilungen voneinander getrennt wor-

58 Ebd., S. 360; *ders.*, »Deine Idee von einer Groß-LPG ist eine Nummer zu klein«, S. 43. Angabe nach *Jens Schöne*, *Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR*, Leipzig 2008, S. 150.

59 BLHA, Rep. 730, Nr. 4441 (Aktennotiz vom 11.1.1972; Schreiben vom 30.12.1971); Rep. 730, Nr. 1924 (Tabelle »Fachkader je 1000 Beschäftigte«). Zum Bezirk Neubrandenburg *Heinz*, *Von Mähreschern und Musterdörfern*, S. 73.

60 BLHA, Rep. 730, Nr. 3186 (Bericht vom 28.12.1971). Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 3185 (»Übersicht über die fachliche und politische Qualifizierung der Leitungskader in den KIM«).

den waren, wurden noch mehr ausgebildete Fachkräfte gebraucht. Die zunehmend gezielt rekrutierten und herangebildeten »Kader« sollten Hoch- oder Fachschulen absolvieren und dabei ihre »fachliche und politische Qualifizierung unbedingt als Einheit« vorantreiben. Tatsächlich hatten im Mai 1975 im Bezirk Frankfurt (Oder) 96,8 % der KAP-Vorsitzenden ein Hoch- oder Fachschulstudium abgeschlossen. 46,8 % dieser Betriebsleiter waren auch in politischen Kursen geschult worden, die über drei Monate hinausreichten. Insgesamt nahm die Spezialisierung unter den Führungskräften der landwirtschaftlichen Betriebe in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren rapide zu. Ihre Ausbildung wurde wissenschaftlicher, systematischer und zunehmend langfristig angelegt. Förderpläne und der politisch gezielt herbeigeführte Wechsel von »Kadern« stabilisierten die Kooperationsbetriebe tendenziell. Die universell orientierten, aber fachlich überwiegend wenig geschulten LPG-Vorsitzenden, die sich in den 1950er-Jahren bemüht hatten, den Kollektivbetrieben wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Anerkennung zu verleihen, wurden in den darauffolgenden beiden Jahrzehnten von einem Funktionärstypus abgelöst, der über eine spezialisierte Ausbildung verfügte und zugleich der Staatspartei verpflichtet war, auch wenn die politische Loyalität durch Konflikte mit den Kreisleitungen über unrealistisch hohe Produktionspläne und die Zuteilung dringender benötigter Ressourcen fortwährend erschüttert wurde, gelegentlich sogar so nachhaltig, dass »Kader« ihre Positionen aufgaben.<sup>61</sup>

Umgekehrt hielt die Unzufriedenheit von LPG-Mitgliedern mit den betrieblichen Leitungskräften an. Übergeordnete »Kader« reagierten oft mit scharfer Kritik, sodass wiederum die Desillusionierung in den Betriebsführungen wuchs. So führten SED-Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der Partei 1966 den Mitgliederschwund in einzelnen LPG auf »Mängel und Schwächen in der Leitungstätigkeit« zurück. Damit verdeckten sie freilich eigene Fehler, während die strukturellen und systemischen Probleme, deren Behebung schwieriger als ein schneller Personalwechsel war, ungelöst blieben. So erklärten im Oktober 1967 im Bezirk Frankfurt (Oder) in sechs Kreisen über 270 LPG-Mitglieder (darunter 56 »Parteigenossen«) ihren Austritt aus den Kollektivbetrieben. Noch im November 1972 lagen allein im Kreis Strausberg 63 Austrittserklärungen vor, davon acht von SED-Mitgliedern. Hier hatten »Parteigenossen« in dem Kollektivbetrieb in Bollersdorf wegen »Differenzen mit dem Vorsitzenden der LPG und seinen Leitungsmethoden [...] ihr Parteidokument auf den Tisch gehauen.« Außer Konflikten mit Vorsitzenden lösten vor allem unzureichende Wohnverhältnisse und ein geringer Verdienst Austritte von LPG-Mitgliedern aus. Einzelne Produktionsgenossenschaften wie der Betrieb in Alt-Tucheband (Kreis Seelow) waren Ende der 1960er-Jahre so heruntergewirtschaftet, dass sie in ihrer Erzeugung und Produktivität weit hinter anderen Kollektivbetrieben zurückblieben. Erst nachdem 1970 ein neuer Vorsitzender die LPG übernommen hatte, wuchs die Produktion.<sup>62</sup>

61 Zitat: BLHA, Rep. 730, Nr. 4429 (Material vom 11.1.1973). Zum Bezirk Frankfurt (Oder) die Angaben in: BLHA, Rep. 730, Nr. 4460 (Bericht vom 20. Mai 1975; »Angaben über die Leiter der KAP«; Übersicht vom 3.11.1975).

62 Zit. nach dem Bericht vom 14. August 1972, BLHA, Rep. 730, Nr. 4444. Zur Unzufriedenheit mit dem Führungsstil von LPG-Vorsitzenden 1972 das Schreiben vom 20. November 1972 und der Bericht vom 23. November 1972, BLHA, Rep. 730, Nr. 4444. Zur LPG Alt-Tucheband: BLHA, Rep.

Auch in den Volkseigenen Gütern war die Betriebsführung in den 1960er-Jahren nur langsam verbessert worden. SED-Funktionäre klagten im Bezirk Frankfurt (Oder) noch 1964, dass die »allseitige Durchsetzung des Prinzips der persönlichen Verantwortung, einer straffen Ordnung und Disziplin« keineswegs in allen VEG gesichert war. So wurden die Direktoren der Staatsgüter in Zuchenberg und Schöneberg der Nachlässigkeit bezichtigt und bestraft. Insgesamt waren aber auch die Leiter der VEG zunehmend fachlich ausgebildet worden. 1965 hatten im Bezirk Frankfurt (Oder) von insgesamt 30 Direktoren schon 13 Hochschulen und 15 Fachschulen abgeschlossen. Allerdings war ein Sechstel der Hauptbuchhalter, die in den Volkseigenen Gütern arbeiteten, nicht fachlich geschult worden. Auch 11 % der Feldwirtschaftsleiter verfügten über keine Ausbildung. Frauen waren 1965 unter den Führungskräften der VEG im Bezirk Frankfurt (Oder) kaum vertreten und auch in den Leitungsgremien auf traditionale Tätigkeitsfelder wie die Buchhaltung konzentriert. Der Anteil weiblicher »Kader« in allen Landwirtschaftsbetrieben wuchs zwar, zumindest gemessen an der Qualifikation. So betrug die Quote weiblicher Beschäftigter mit Hochschulabschluss 1965 4,2 % und zehn Jahre später bereits 17 %. In den »volkseigenen« Betrieben der Tierproduktion waren 1971 sogar schon 28,8 % der »Kader« Frauen. Gemessen an der Bevölkerung und an der Gesamtzahl der Beschäftigten blieben weibliche Führungskräfte in der DDR-Landwirtschaft aber weiterhin deutlich unterrepräsentiert. So waren 1967 nur 0,7 % der LPG-Vorsitzenden Frauen. Fünf Jahre später betrug dieser Anteil in den Produktionsgenossenschaften und VEG zusammen 1,6 %. Die Mehrfachbelastung und niedrige Qualifikation weiblicher Beschäftigter, aber auch die weitverbreitete Ablehnung der männlichen »Kader« bremsten auch in den folgenden Jahren den Aufstieg von Frauen in betriebliche Führungsstellungen.<sup>63</sup>

### **Probleme der »Kaderarbeit« auf dem Land in den 1970er- und 1980er-Jahren**

Ogleich sich das Qualifikationsniveau der Betriebsleitungen in der Landwirtschaft bis 1970 deutlich erhöhte, kritisierten SED-Funktionäre fortwährend die »Kaderarbeit« und den Führungsstil in den Produktionsgenossenschaften, VEG und KAP. Vie-

730, Nr. 4444 (Angaben vom 27. Juli 1972). Zum Zusammenhang zwischen den Austritten und Leitungsproblemen in Agrarbetrieben unter anderem: BLHA, Rep. 730, Nr. 1945 (Bericht vom 8.11.1967); Rep. 730, Nr. 1979 (Information vom 5.10.1967).

63 Zitat: BLHA, Rep. 730, Nr. 1972 (»Bericht über die Probleme in den VEG des Bezirkes« [Cottbus] vom 23. Oktober 1964). Angaben nach: *Karl Eckart*, Landwirtschaftliche Kooperationen in der DDR. Eine geographische Untersuchung der Struktur und Entwicklung sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe, Wiesbaden 1977, S. 211; *Patrice G. Poutrus*, Industrielle Produktion auf dem Lande? Das Beispiel KIM, in: *Renate Hürtgen/Thomas Reichel* (Hrsg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 275–293, hier: S. 289; *Heinz*, Von Mähdrechern und Musterdörfern, S. 376 f. Daten zum Ausbildungsstand nach: BLHA, Rep. 730, Nr. 1970 (Bericht vom 23.11.1965); Rep. 730, Nr. 3183 (Material vom 8.10.1970). Kritik am Führungsstil der Direktoren zum Beispiel in der Vorlage vom 23. April 1965, BLHA, Rep. 730, Nr. 1972. Vgl. *Daniela Münkler*, Das Bild vom Bauern im Nationalsozialismus und der DDR – zwischen Herrschaftslegitimation und Identitätsstiftung, in: *dies./Frank Uekötter* (Hrsg.), Das Bild des Bauern. Selbst- und Fremdwahrnehmungen vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert, Göttingen 2021, S. 131–145, hier: S. 144.

le LPG-Vorsitzende zögerten im Bezirk Frankfurt (Oder) in den frühen 1970er-Jahren bei der Weiterentwicklung der Kooperationsbeziehungen, da sie fürchteten, die Übersicht über die von ihnen geleiteten Großbetriebe zu verlieren. Zudem strebten einzelne Betriebsleiter wie der LPG-Vorsitzende in Worin, Bernhard Grünert, 1970/71 nicht eine spezialisierte Agrarproduktion an, sondern die Bildung umfassender »Groß-LPG«. Auch die »ökonomischen Grundsatzregelungen«, mit denen die Bezirksleitung der SED in Frankfurt (Oder) die Planerfüllung von 1971 bis 1975 sichern wollte, trafen hier bei den Leitern der landwirtschaftlichen Betriebe keineswegs auf einhellige Zustimmung. Ebenso lehnten viele Führungskräfte im Agrarsektor eine leistungsabhängige Bezahlung ab, die den überaus unterschiedlichen Produktionsbedingungen nicht Rechnung trug. Die oft willkürlichen und spontanen Personalwechsel verstärkten die ohnehin hohe Fluktuation unter den »Kadern«, von denen viele nicht dauerhaft an die Betriebe gebunden werden konnten.<sup>64</sup>

Alles in allem blieben die Rekrutierung und Ausbildung des betrieblichen Leitungspersonals unzureichend. Die Forderung Grünebergs, schneller und gezielter wissenschaftlich geschulte Führungskräfte heranzubilden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden sollten, schlug sich oft nur sporadisch in der »Kaderarbeit« der SED-Leitungen und Agrarbetriebe nieder. Wie die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) 1970 berichtete, arbeiteten viele LPG-Vorsitzende hier noch »nicht zielstrebig auf der Grundlage eines Kaderperspektivprogrammes«. Auch andere Betriebsleiter hemmten vielmehr »oft die Weiterbildung der Genossen, indem sie diese im Betrieb als unabkömmlich bezeichnen bzw. Genossen mit der Begründung nicht zur Qualifizierung delegieren, da diese Genossen unter Umständen nicht in den eigenen Betrieb zurückkommen«. Sogar viele LPG-Vorsitzende weigerten sich mit dem Hinweis auf ihre Arbeitsbelastung, an Lehrgängen zu ihrer weiteren Ausbildung teilzunehmen. Die Leiter der Landwirtschaftsbetriebe vernachlässigten besonders die langfristige Rekrutierung und Qualifizierung von Führungskräften, für die in den frühen 1970er-Jahren »Kaderperspektivprogramme« entwickelt und »Kaderentwicklungspläne« erarbeitet werden sollten. In der Regel sollte die kurzfristige Erfüllung der Produktion nicht durch Umstellungen des Leitungspersonals gefährdet werden. Letztlich erschwerte der Kampagnenstil, den die SED-Führung in der Wirtschaft proklamierte, die Heranbildung neuer Führungskräfte.<sup>65</sup>

Unbeirrt von diesem Widerspruch konzentrierte die Parteifunktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen der Partei ihre Kritik an der »Kaderarbeit« in den Agrarbetrieben bis zu den frühen 1970er-Jahren auf die Vorstände und Vorsitzen-

64 Hierzu der Bericht vom 20. Januar 1968, BLHA, Rep. 730, Nr. 1936. Kritik an den Betriebsleitungen zum Beispiel in: BLHA, Rep. 730, Nr. 3184 (Zuarbeit vom 15.7.1970); Rep. 730, Nr. 3187 (Material vom 22.4.1972). Zu den Vorbehalten der LPG-Vorsitzenden gegen den Ausbau der Kooperationsbeziehungen: BLHA, Rep. 730, Nr. 3186 (Zuarbeit vom 26.7.1971; Bericht vom 28.12.1971; Schreiben vom 27.9.1971 und Zuarbeit vom 20.12.1971). Zur Skepsis gegenüber den »ökonomischen Grundsatzregelungen« der Bericht vom 13. August 1970, BLHA, Rep. 730, Nr. 3182. Zu Grünert vgl. Arnd Bauerkämper, Artikel »Grünert, Bernhard«, in: Friedrich Beck/Eckart Henning (Hrsg.), Brandenburgisches Biographisches Lexikon, Potsdam 2002, S. 154.

65 Zit. nach dem Vermerk vom 14. Juli 1970, BLHA, Rep. 730, Nr. 3184. Vgl. auch BLHA, Rep. 730, Nr. 2224 (Vorlage vom 9.1.1964); Rep. 730, Nr. 3181 (»Einschätzung zum Stand der Durchsetzung des Politbürobeschlusses vom 10.2.70 zur Förderung der LPG mit niedrigerem Produktionsniveau«); Rep. 730, Nr. 3194 (Konzeption vom Februar 1968).

den der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie die Führungskräfte der Kooperationsgemeinschaften. Wie die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) im November 1967 hervorhob, waren in den Betriebsleitungen der LPG und der insgesamt 114 Kooperationsgemeinschaften im Bezirk »politisch-ideologische Unklarheiten« noch weit verbreitet. Die Führungskräfte zeigten sich aus dieser Perspektive keinesfalls ausnahmslos von dem Ziel der voluntaristischen und technizistischen SED-Agrarpolitik überzeugt, große Betriebseinheiten herauszubilden, die im »komplexen Einsatz« von Maschinen bearbeitet werden und die Kooperationsbeziehungen unbegrenzt erweitern sollten. Auch die unablässig propagierte, aber weit überzogene Spezialisierung – besonders die verordnete Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion – traf bei den »Kadern« ab 1976 auf beträchtliche Vorbehalte. Die Bezirks- und Kreisleitungen forderten die Führungskräfte in den LPG und Kooperationsgemeinschaften überdies auf, in ihrer Leitungsarbeit wissenschaftliche Methoden – so zur »komplexen Anwendung der sozialistischen Betriebswirtschaft« – aufzunehmen und zugleich die Beschäftigten nachhaltiger an die Betriebsleitungen zu binden. Dazu sollten in den 1970er-Jahren vor allem die Arbeits- und Lebensbedingungen der LPG-Mitglieder kontinuierlich verbessert werden. In der »Kaderpolitik« spiegelt sich damit der spezifische Nexus von technokratischen Gestaltungsutopien und dem Leitbild der »sozialistischen Menschengemeinschaft« wider, der die modernistische Landwirtschaftspolitik der Staatspartei in den 1960er- und 1970er-Jahren insgesamt prägte. Technokratisches Denken ermöglichte in der DDR über den Agrarsektor hinaus gelegentlich sogar eine Kooperation zwischen Fachleuten und »Kadern« mit dem SED-Regime, wie neuere Studien gezeigt haben.<sup>66</sup>

Die Führungskräfte auf dem Land ließen sich für diese Utopie aber nicht leicht gewinnen. So nutzten vor allem die Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaften das Ausbildungsangebot weiterhin nur unzureichend. Im Bezirk Frankfurt (Oder) konnten die SED-Leitungen im Sommer 1970 keine dieser Führungskräfte für einen Sonderlehrgang gewinnen, der an der LPG-Hochschule Meißen durchgeführt werden sollte. Im Herbst 1970 konnten hier zwar lediglich drei Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften überhaupt keine fachliche Ausbildung vorweisen; aber nur wenige diese »Kader« waren in Hoch- oder Fachschulen ausgebildet worden. Die Leitungsarbeit der LPG-Vorsitzenden blieb jedoch nicht vorrangig wegen ihrer Qualifikationsmängel mangelhaft. Nachdem das NÖSPL den Handlungsspielraum der Betriebe erweitert hatte, nahmen in den späten 1960er-Jahren vielmehr Eingriffe übergeordneter Instanzen in die landwirtschaftliche Erzeugung wieder zu. Damit verstärkte sich auch der politische Druck auf die LPG-Vorsitzenden, deren Aktivitäten genau kontrolliert und oft scharf kritisiert wurden. Spontan eingesetzte »Arbeitsgruppen« sollten Führungsmängel in Produktionsgenossenschaften ebenso untersuchen wie in Gemeindeverwaltungen, um den »Übergang zur industriemäßigen Leitung und Organisation der Produktion« herbeizuführen und den Durchbruch

66 Zit. nach: Zuarbeit vom 10. April 1970, BLHA, Rep. 730, Nr. 3183. Vgl. *Jan Zofka*, Technokratischer Internationalismus. Kohle-Experten der DDR der 1950er Jahre in globalgeschichtlicher Perspektive, in: GG 47, 2021, S. 199–229, insb. S. 228; *Dagmar Langenhan*, Auf dem Weg zur genossenschaftlichen Demokratie? Mitglieder und Beschäftigte der LPG im betrieblichen Alltag der 70er/80er Jahre, in: *Hürtgen/Reichel*, Der Schein der Stabilität, S. 263–274; *Last*, Rural Functionaries and the Transmission of Agricultural Policy, S. 89.

zur »sozialistischen Intensivierung« zu erzwingen. Weiterhin personalisierten SED-Funktionäre Mängel in der Leitungsarbeit von LPG-Vorsitzenden und nutzten die Probleme in den Betrieben aus, um diese »Kader« unverzüglich auszutauschen. Dabei verloren nicht nur Vorsitzende, die bezichtigt wurden, ihre Führungsaufgaben zugunsten ihrer teilweise beträchtlichen individuellen Hauswirtschaften zu vernachlässigen, ihre Positionen, sondern auch Betriebsleiter, denen eine »Verletzung der innergenossenschaftlichen Demokratie« und die »Manipulierung der genossenschaftlichen Ergebnisse« vorgeworfen wurden.<sup>67</sup>

Allerdings lösten SED-Kreisleitungen Vorsitzende von Kollektivbetrieben wegen des Mangels an geeigneten »Kadern« im Allgemeinen nur bei gravierendem Fehlverhalten oder auffällig schlechten Leistungen ab. Außerdem verfügten diese Betriebsleiter oft über Netzwerke und sie beeinflussten teilweise Grundorganisationen (denen sie vielfach angehörten) und Kreisleitungen der SED. Außerdem bestanden zahlreiche LPG-Vorsitzende erfolgreich Mitglieder, deren Versammlungen damit Rituale wurden. Kritik und Sanktionen richteten sich zudem gegen Betriebsleiter, die sich weigerten, neue »Entwicklungspläne« für ihre Produktionsgenossenschaften auszuarbeiten, bevor die bereits vorliegenden Konzepte durchgesetzt worden waren. SED-Kreisleitungen setzten oft auch »Kader« ab, die sich gegen die Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion wandten, weil diese Aufspaltung den Zusammenhang in der landwirtschaftlichen Erzeugung aufbreche. Zudem wuchsen in den vielerorts übergroßen Betrieben die Verwaltungs- und Transportkosten. Betriebsleiter standen diesen Folgeproblemen der SED-Agrarpolitik oft hilflos gegenüber. Als in den 1980er-Jahren die Nutzflächen der LPG und VEG reduziert und private Hofwirtschaften wegen der Versorgungsmängel geduldet und zusehends sogar gefördert wurden, waren LPG-Vorsitzende erneut überrascht und mit dem abrupten politischen Kurswechsel überfordert.<sup>68</sup>

Die hier dargelegten systemischen Mängel spiegeln zwar auch das Ziel der Berichte wider, die »Kaderarbeit« auf dem Land zu verbessern. Sie sind deshalb selektiv. Zudem ist die Neigung der jeweils übergeordneten Bezirks- oder Kreisleitungen beziehungsweise der staatlichen Räte der Bezirke oder Kreise erkennbar, von eigenen Fehlern abzulenken. Zugleich treten aber auch strukturelle Mängel der SED-Politik hervor. Die Führungskräfte auf dem Land wurden von den 1960er- bis zu den 1980er-Jahren – wie schon zuvor – weitgehend kooptiert, indem die Funktionäre in den übergeordneten Bezirks- und Kreisleitungen der SED die Spitzenpositionen in den Leitungen der Parteien und Massenorganisationen, in der Kommunalverwaltung und in den landwirtschaftlichen Betrieben besetzten. Nur die Ernennung untergeordneter Führungskräfte – zum Beispiel in den LPG – konnten die jeweils formal zuständigen Gremien (besonders die Mitgliederversammlungen) beeinflussen. Politische Loyalität gegenüber dem SED-Regime blieb dabei vorrangiges Rekrutierungskriterium, obwohl die Ausbildung der »Kader« zunehmend systematisiert und akademisiert wurde. Dieser Qualifizierungsschub führte aber keineswegs durch-

67 BLHA, Rep. 730, Nr.1931 (Bericht vom 25.8.1964). Zitat: BLHA, Rep. 730, Nr.1936 (Aufstellung vom 15.11.1967; Bericht vom 20.1.1968); Rep. 730, Nr. 3181 (Information vom 26.10.1970). Angaben nach dem Bericht vom 8. Oktober 1970, BLHA, Rep. 730, Nr. 3183.

68 *Schöne*, Das sozialistische Dorf, S. 154 f.; *Heinz*, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 394, 402 und 414–423.

weg zu den beabsichtigten wirtschaftlichen Verbesserungen. So wurden Vorsitzende, deren Betriebe deutlich unterdurchschnittliche Produktionsergebnisse erzielten, noch Anfang der 1980er-Jahre verstärkt abgelöst. Die Führungspositionen nahmen in den Agrarbetrieben weiterhin nahezu ausnahmslos Männer ein. Dagegen stellten Frauen in der DDR noch 1989 nur 2,8 % der LPG-Vorsitzenden. Zumindest bei der Zuteilung leitender und ausführender Aufgaben blieb die geschlechterspezifische Rollenzuweisung auch im »sozialistischen Dorf« weitgehend gewahrt.<sup>69</sup>

Wegen der Multifunktionalität der LPG als Erwerbssort sowie Kultur- und Dienstleistungszentrum waren ihre Vorsitzenden nicht nur für die Leitung der Betriebe zuständig, sondern sie verteilten in den Gemeinden auch Ressourcen für die Unterhaltung der Verkehrswege, Kulturveranstaltungen und soziale Dienstleistungen. Die Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaften und der noch größeren landwirtschaftlichen Kooperationsbetriebe verfügten in den einzelnen Dörfern oder sogar Regionen über eine beträchtliche Macht. Andere örtliche Führungskräfte – so Bürgermeister – waren vielerorts von ihnen abhängig. LPG-Vorsitzende agierten deshalb gelegentlich selbstherrlich. Übergeordnete Parteifunktionäre und Mitglieder warfen ihnen wiederholt Arroganz vor. Parteisekretäre der SED bildeten in den Betrieben oft kein Gegengewicht gegen die Vorsitzenden, deren Macht sich vor allem aus der Aufgabenkumulation in den Dörfern ergab.<sup>70</sup>

»Kommunalverträge« erlegten auch den KAP Pflichten außerhalb der Agrarproduktion auf, so zum Ausbau der Infrastruktur. In vielen Gemeinden verfügten landwirtschaftliche Leitungskräfte bis zum Ende der DDR über einen erheblichen Handlungsspielraum. Einzelne »Kader« scheuten sich in den frühen 1980er-Jahren auch nicht, eine Rücknahme der zunehmend dysfunktionalen Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion zu fordern, so der Vorsitzende der LPG in Altenhagen, den die SED-Kreisleitung Wolgast daraufhin allerdings zum Rücktritt zwang. Betriebliche Leitungskräfte wie der Parteisekretär des VEG im thüringischen Blankenhain, der sich 1988 an den ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Werner Felfe, wandte, kritisierten auch die Vernachlässigung des Agrarsektors, in dem die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kontinuierlich schrumpften. Angesichts der zusehends maroden Kollektivbetriebe und der sinkenden Arbeitsmoral verbreiteten sich unter den »Kadern« Resignation und ein Fatalismus, dem auch die übergeordneten Partei- und Staatsfunktionäre hilflos gegenüberstanden. Zugleich nahmen Korruption und Egoismus zu. Vorsitzende von LPG und VEG wirtschafteten vielerorts außerhalb der Pläne. So wurden in Mühlenbeck (bei Berlin) in den späten 1980er-Jahren 15.000 Stück Geflügel »schwarz« gehalten.<sup>71</sup>

69 Dagegen: *Panzig*, Hin zum eigenen Beruf, S. 174 und 180 f. (hier auch Angaben). Vgl. *Peter Polack*, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende, in: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. III/2: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Frankfurt am Main 1999, S. 1429–1499, hier: S. 1451; *Karl Eckart*, Veränderungen in der Landwirtschaft der DDR seit Anfang der siebziger Jahre, in: Deutschland Archiv 18, 1985, S. 396–411, hier: S. 405.

70 *Heinz*, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 416–439.

71 *Schöne*, »Der Vertrauensverlust ist gewaltig«, S. 60, 68 f. und 70 (Angabe); *ders.*, Das sozialistische Dorf, S. 157 f.; *Heinz*, Von Mähdreschern und Musterdörfern, S. 386; *ders.*, »Deine Idee von einer Groß-LPG ist eine Nummer zu klein«, S. 48; *Christel Nehrig*, Das Leben auf dem Lande: die Ge-

#### IV. Ausblick: »Rote Junker« seit 1990?

Noch vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten veränderten sich für die »Kader« in der Landwirtschaft die Arbeitsbedingungen. Zwar hob ein Gesetz, das Hans Modrows Kabinett am 6. März 1990 erließ, lediglich die Einbindung der LPG in die Ordnung der zentralen Verwaltungswirtschaft auf. Nach der Volkskammerwahl vom 18. März und der Übernahme der Regierung durch Lothar de Maizière am 12. April 1990 beschleunigte sich im Agrarsektor aber der Wandel. Mit der betriebsstrukturellen Transformation der LPG nach dem noch von der Volkskammer der DDR verabschiedeten »Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökonomische Marktwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik« (Landwirtschaftsanpassungsgesetz) vom 29. Juni 1990 und dem Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten vom 31. August 1990 entwickelte sich ein Konflikt über den festgelegten Ausschluss von der Rückgabe bei Enteignungen, die auf besatzungsrechtlicher und -hoheitlicher Grundlage vollzogen worden waren. Damit konnten enteignete Gutsbesitzer und ihre Erben das Eigentum, das im Zuge der Bodenreform beschlagnahmt worden war, nicht mehr für sich beanspruchen. Kritiker dieser Bestimmung des Einigungsvertrags wiesen die Behauptung der Bundesregierung zurück, dass die Führung der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow auf dieser Regelung bestanden habe, und sie betonten den engen Zusammenhang von Freiheit und Eigentum. Vereinzelt ist der Bundesregierung sogar vorgeworfen worden, den Bundestag und die Alteigentümer in der Absicht getäuscht zu haben, eine Restitution von Boden zu verhindern, der in den Jahren von 1945 bis 1949 konfisziert worden war.<sup>72</sup>

Zugleich setzte eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den LPG und ausscheidenden Mitgliedern ein. Dieser Streit hat in vielen Gemeinden die sozialen Beziehungen seit 1990/91 nachhaltig beeinträchtigt. Unterstützt von Politikerinnen und Politikern der PDS, legitimierten in den 1990er-Jahren viele Geschäftsführer von LPG-Nachfolgebetrieben mit der Warnung vor einer Rückkehr der enteigneten Gutsbesitzer und ihrer Nachkommen ihre Kontrolle über das Land, das sie von der 1992 gegründeten staatlichen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) gepachtet hatten, zunächst überwiegend kurzfristig. Obwohl der Übergang von 53,1 % der Flächen des Bodenfonds an Nachfolgebetriebe der Produktionsgemeinschaften (bis Ende 1993) und 60 % der von der BVVG verwalteten

---

nossenschaften (LPG), in: *Evemarie Badstübner* (Hrsg.), *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin 2000, S. 195–218, hier: S. 213 f.; *Niemann*, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen*, S. 214. Vgl. auch *Jens Schöne*, *Resignation, Reform und Revolte. Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft der DDR in den 1980er-Jahren*, in: *Jutta Braun/Peter Ulrich Weiß* (Hrsg.), *Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg*, Potsdam 2014, S. 60–79, hier: S. 74.

72 *Constanze Paffrath*, *Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung*, Köln/Weimar etc. 2004, insb. S. 34–48 und 260–377. Übersicht in *Arnd Bauerkämper*, *Der Kampf um den Boden in den neuen Bundesländern. Die Debatte über die Restitution des Bodenreformlandes und die Privatisierung der Agrarwirtschaft seit 1989/90*, in: *Revue d'Allemagne* 31, 1999, S. 57–73, hier: S. 60–65; *Thomas Hoffmann*, *Transformation der Landwirtschaft nach der Friedlichen Revolution*, in: *Die andere Seite des »Arbeiter- und Bauernstaates«*, S. 75–112, hier: S. 81–88.



Flächen an juristische Personen (bis 1994) auch finanzpolitischen Interessen der Bundesregierung geschuldet war, wurden besonders die »roten Junker« vielerorts scharf kritisiert. Tatsächlich hatten sich einige der ehemaligen DDR-»Kader« bei den Vermögensauseinandersetzungen widerrechtlich Eigentum gesichert und ausscheidende LPG-Mitglieder betrogen. Nach einer empirischen Studie waren 11 % der Betriebsumwandlungen rechtlich unwirksam. Dabei sind regionale Differenzen auffällig. Während der Anteil gescheiterter Umwandlungen in Mecklenburg-Vorpommern 14,5 % betrug, belief er sich in Sachsen-Anhalt auf lediglich 7,6 %. Insgesamt war in den neuen Bundesländern das Vermögen der Produktionsgenossenschaften infolge fehlerhafter Verfahren auf insgesamt 198 Rechtsträger nicht übergegangen. Sie waren deshalb nur scheinbar Nachfolger der LPG. Abgesehen von Verstößen gegen den vom Landwirtschaftsanpassungsgesetz festgelegten zeitlichen Rahmen und gegen die Vorschriften zu den Rechtsformen und -trägern wurden 1991 die Abfindungen für Mitglieder, die aus den LPG austraten, überwiegend nicht in der vorgeschriebenen Weise festgesetzt und abgewickelt. Da die Vergütung für den eingebrachten Boden, das Kapital und das Inventar vielfach zu niedrig angesetzt worden war, konnten die Nachfolgebetriebe der LPG unzulässige Rücklagen bilden. Auch bei der Umwandlung dieser Betriebe eigneten sich ihre Leiter offenbar ein beträchtliches Vermögen an.<sup>73</sup>

Demgegenüber ist hervorgehoben worden, dass im Landwirtschaftsanpassungsgesetz die Verwendung des Eigentums der Produktionsgenossenschaften und damit auch die vermögensrechtlichen Ansprüche der LPG-Mitglieder nicht festgelegt worden waren. Dieses Regelungsdefizit führte zu einer improvisierten Überführung der LPG in Agrargenossenschaften und Kapitalgesellschaften, begünstigte Übervorteilung und ließ Korruption zu. Aber auch wegen ihrer Verankerung im dörflichen Milieu, ihrer Stellung in gesellschaftlichen Netzwerken und ihrer Kenntnisse der lokalen Bedingungen übernahmen viele LPG-Vorsitzende Nachfolgebetriebe, die sich ab 1990 allerdings weitestgehend auf ihre ökonomischen Kernaufgaben konzentrieren mussten und damit ihre Multifunktionalität einbüßten. Dennoch konnten die überwiegend hoch qualifizierten und flexiblen Führungskräfte in den LPG im politischen Umbruch und in der Transformation auf dem Land vielerorts die Initiative an sich reißen. So wechselte bis zur Mitte der 1990er-Jahre nur in etwa einem Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe, die im Systemwechsel nicht zusammengebrochen waren, die Leitung. In vielen anderen ehemaligen Produktionsgenossenschaften stiegen junge »Nachwuchskader« in Leitungspositionen auf. Am Ende der 1990er-Jahre waren 90 % der Geschäftsführer von Nachfolgebetrieben der LPG Bewohner der neuen Bundesländer. Persönliches Vertrauen und eine feste Einbin-

---

73 Adalbert Zehnder, Wo die »Roten Barone« das Sagen haben, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2000, S. 11. Angaben nach Walter Bayer, »Die gescheiterten LPG-Umwandlungen – was nun?«. Überblick über die Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts, in: Horch und Guck 12, 2003, Nr. 41, S. 44–47, hier: S. 45; Hoffmann, Transformation der Landwirtschaft nach der Friedlichen Revolution, S. 109; Gerhard Deter, Die Agrarrevolution in den neuen Ländern, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 43, 1995, S. 73–87, hier: S. 81; Löhr, Der Kampf um das Volkseigentum, S. 166. Vgl. auch Ulrich Kluge, »Grüne Grenze« und »Rote Junker«. Agrarpolitik am Ende der deutschen Teilung 1989/90, in: Hermann Schäfer (Hrsg.), Geschichte in Verantwortung. Festschrift für Hugo Ott, Frankfurt am Main 1996, S. 335–360, hier: S. 345 und 357 f.; Bauerkämper, Der Kampf um den Boden in den neuen Bundesländern, S. 65–71.

dung in lokale und regionale Beziehungen blieben in den Gemeinden im Umbruch wichtige Ressourcen.<sup>74</sup>

Insgesamt ergab sich auf dem Land zumindest in den Agrarbetrieben eine erhebliche Elitenkontinuität, während das Bundesverfassungsgericht 1991 und 1996 sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2005 Klagen enteigneter Gutsbesitzer beziehungsweise ihrer Erben gegen das Restitutionsverbot des Einigungsvertrags zurückwies. Einige Betroffene nahmen aber das Angebot an, nach dem 1994 vom Bundestag verabschiedeten Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz von 1945 bis 1949 konfisziertes Eigentum zumindest teilweise zu günstigen Konditionen zurückzukaufen. Viele dieser früheren Gutsbesitzer oder ihre Nachkommen trafen in den neuen Bundesländern zunächst auf erhebliche Vorbehalte. Die Integration der vielerorts unerwünschten Neuankömmlinge ist in den Dörfern seit den 1990er-Jahren aber unterschiedlich verlaufen. Außer dem Verhalten der beteiligten Personen haben die Sozialstruktur der Gemeinden, die gesellschaftlichen Beziehungen, die Erinnerungen ihrer Bewohner an die Gutsherrschaft und die Raumwahrnehmungen das Zusammenleben mit den zurückgekehrten Alteigentümern beeinflusst.<sup>75</sup>

### Fazit: Aporien der »Kaderpolitik« auf dem Land

Die Herrschafts-, Kontroll- und Lenkungsaufgaben »von oben« und Ansprüche der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner sowie der Betriebsbelegschaften »von unten« konfrontierten besonders dörflich-agrarische Eliten mit einem von der »Kaderpolitik« des SED-Regimes verursachten und strukturell im Nomenklatursystem angelegten Dilemma, dem sie oft nur durch einen ständigen Rollenwechsel entkommen konnten. In den Gemeinden mit der Bevölkerung durch Face-to-Face-Beziehungen verbunden, mussten Partei und Staatsfunktionäre nicht nur funktionalen Zwängen Rechnung tragen, sondern auch die individuellen Interessen und Werte berücksichtigen, auf denen die ihnen untergeordneten und anvertrauten Akteure bestanden. Dabei wiesen die Spitzenfunktionäre der SED den gesellschaftlichen Führungsgruppen in der DDR wichtige Legitimierungs-, Prozess- und Leistungsfunktionen zu, die wegen der engen Bindung an die politische Programmatik der Machtelite aber weitgehend dem Herrschafts- und Erziehungsanspruch des Marxismus-Leninismus unterworfen waren.

Anders als in den demokratisch-parlamentarischen Regierungssystemen verfügten die Funktionselemente deshalb nur über eine begrenzte Handlungsautonomie. Sie

74 Buechler/Buechler, *Contesting Agriculture*, S. 147. Vgl. auch Lutz Laschewski, *Von der LPG zur Agrargenossenschaft. Untersuchungen zur Transformation genossenschaftlich organisierter Unternehmen in Ostdeutschland*, Berlin 1998, S. 131 und 203; Tanja Busse, *Melken und gemolken werden. Die ostdeutsche Landwirtschaft nach der Wende*, Berlin 2001, S. 9.

75 Vgl. Langelüdecke, *Alter Adel – Neues Land?*, insb. S. 243, 307 und 336–353. Zur Debatte der knappen Überblick in Jens Schöne, *Bodenreform und kein Ende?*, in: *Deutschland Archiv* 37, 2004, S. 199–202. Zum Gesetz von 1994 Stefan von der Beck, *Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Ein Beitrag zu Geschichte und Rechtsproblemen der Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage*, Frankfurt am Main 1996, S. 323–334; Lohr, *Der Kampf um das Volkseigentum*, S. 122–137.

resultierte vor allem aus der Eigendynamik sozialer Subsysteme in der DDR und den Funktionsmängeln der sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Die gesellschaftlichen Führungskräfte benötigten in dieser Konstellation sowohl die Zustimmung der übergeordneten Machtelite des Regimes als auch die Unterstützung der »Werkstätten«. Dies verlangte von den Leitungspersonen nicht nur ständige Initiativen zum Ausgleich divergierender Interessen, sondern auch die Fähigkeit zu permanenter Improvisation und gelegentlich auch zur Täuschung. Die »Organisations-Eliten«, die sich mit der Kollektivierung in den Agrarbetrieben herausbildeten, mussten durch pragmatisches Handeln in ihrer schwierigen Vermittlungsposition einen Minimalkonsens herstellen und dadurch eine Integrationsfunktion erfüllen, die offiziell von den Machthabern mit der Führungsideologie des Marxismus-Leninismus beansprucht wurde. Insgesamt agierten die Funktionseliten somit letztlich kompensatorisch. Sie glichen in den dörflichen Milieus Interessen aus, nahmen unmittelbar Ansprüche auf und federten auch abweichendes Verhalten ab. Zudem lenkten die Herrschaftsträger des SED-Regimes auf dem Land (überwiegend ungewollt) von der »großen Politik« ab und zogen den Zorn der Beherrschten auf sich, deren Aufmerksamkeit sich besonders auf die lokalen Repräsentanten der staatssozialistischen Diktatur richtete.<sup>76</sup>

Der nicht aufzulösende, allgegenwärtige Handlungswiderspruch, der sich aus den konträren Anforderungen ergab, prägte die Akteurskonstellation, die sich in den Gemeinden mit der Bodenreform und Kollektivierung strukturell herausgebildet hatte. Der Rollenkonflikt, den Führungspersonen bewältigen mussten, war aber schon in der Ideologie des Marxismus-Leninismus angelegt, die den gesellschaftlichen Eliten eine erhebliche Vermittlungs- und Integrationsleistung auferlegte. Die Leitungskräfte sollten der Egalitätsideologie gerecht werden und der Bevölkerung verhaftet bleiben, zugleich aber auch den Führungsanspruch der Machthaber in der »Diktatur des Proletariats« durchsetzen, dabei das Leitbild des »sozialistischen Menschen« repräsentieren und mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft eine der kapitalistischen Industrialisierung in den westlichen Demokratien vermeintlich überlegene Variante der Modernisierung durchsetzen. Sie wollten und sollten nicht als »Elite« agieren und damit ein exklusives Selbstverständnis entwickeln – und doch auch genau diesen Leitbildern gerecht werden.<sup>77</sup>

Die ihnen nach der »Avantgarde«-Doktrin zugewiesene Führungsfunktion und Vorbildrolle erlegten den Funktionseliten nicht nur fachliche, sondern auch charakterliche und politische Anforderungen auf. In ihrer Handlungspraxis, die von biografischen Prägungen und den damit verbundenen Mentalitäten ebenso nachhaltig beeinflusst wurde wie von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, konnten die agrarischen Funktionseliten der idealistisch-pädagogischen Leitfunktio-

76 Zum Konzept der »Organisations-Eliten« vgl. *Frank Ettrich*, Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, in: *Historical Social Research* 28, 2003, S. 31–56, hier: S. 49. Zum pragmatischen Handeln von Leitungspersonal in Industriebetrieben vgl. auch die Hinweise bei *Peter Hübner*, Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätengeschichtliche Aspekte, in: *GG* 24, 1998, S. 55–80, hier: S. 76–80.

77 Formulierung in Anlehnung an: *Runge*, Eliten, die keine sein wollten. Dazu auch *Arnd Bauerkämper/Jürgen Danyel*, The Pivotal Cadres: Leadership Styles and Self-Images of GDR-Elites, in: *Jarausch*, Dictatorship as Experience, S. 265–281.

on, die ihnen die Machtelite aufbürdete, jedoch vielfach nicht gerecht werden. Die Partei- und Staatsapparate, die das enge Kontrollnetz hierarchisch strukturierter Inspektionsinstanzen über die agrarischen Funktionseliten ausbreiteten, politisierten und moralisierten das Fehlverhalten einzelner Führungspersonen, das dem hohen Ideal des »sozialistischen Menschen« widersprach, als Charakterschwäche. Sie konnte aus dieser Perspektive allenfalls durch »Selbstkritik« überwunden werden, sollte aber im Allgemeinen letztlich durch eine Ablösung und Entmachtung der Betroffenen beseitigt werden. Diese Personalisierung und Kriminalisierung struktureller Probleme, die nicht zuletzt aus der SED-Agrarpolitik resultierten, eröffnete den Herrschaftsorganen zugleich einen weiten Handlungsspielraum für ihre »Kaderarbeit«, die durch die Mischung von sozialistischem Paternalismus und eine rigorose Disziplinierung des untergeordneten Führungspersonals gekennzeichnet war. In der »durchherrschten« Gesellschaft der DDR war der erzwungene Elitenwechsel das Substrat einer mechanistischen Konstruktionspolitik, die ihrerseits den umfassenden Machtanspruch und – mit ihrem unreflektierten »Grundvertrauen in Programmhaftigkeit und Steuerbarkeit« – die weitreichenden Gestaltungssillusionen des Regimes widerspiegelte.<sup>78</sup>

Insgesamt war die »Kaderpolitik« der SED-Führung so widersprüchlich, dass aus ihr gegensätzliche Handlungserwartungen resultierten. Diese Ambiguität konnten auf dem Land zwar die Eliten mildern, die seit den 1950er-Jahren gezielt herangebildet worden waren. Zur Stabilisierung der Führungsstrukturen in den neuen Betrieben trugen aber die Angehörigen traditionaler großbäuerlicher Honoratioren maßgeblich bei – ein Befund, der letztlich nicht nur auf die Beharrungskraft intergenerationeller Strategien zur Statussicherung unter den Bedingungen der staatssozialistischen Diktatur, sondern auch auf grundsätzliche Aporien der »Kaderpolitik« in der SBZ und DDR verweist.<sup>79</sup>

78 Zitat: *Christoph Boyer*, Kaderpolitik und zentrale Planbürokratie in der SBZ/DDR (1945–1961), in: *Stefan Hornbostel* (Hrsg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999, S. 11–30, hier: S. 29. Vgl. auch *Christoph Boyer*, »Die Kader entscheiden alles ...«, Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und frühen DDR (1945–1952), Dresden 1998, S. 16 f. Zur Personalisierung und Kriminalisierung von Mängeln in den LPG auch *George Last*, *After the »Socialist Spring«. Collectivisation and Economic Transformation in the GDR*, New York/Oxford 2009, S. 216.

79 Zum Stellenwert intergenerationeller Familienstrategien in der DDR vgl. *Heinrich Best*, *Did Family Matter? The Formation and Reproduction of Functional Elites in a Socialist Society*, in: *ders./Ronald Gebauer/Axel Salheiser* (Hrsg.), *Elites and Social Change. The Socialist and Post-Socialist Experience*, Hamburg 2009, S. 13–24, hier: S. 21; *Best*, *Sozialismus in der DDR*, S. 145.